

**Li-**  
**pulver**  
e u. Hausputz!

**zeiten**  
2459

**Oberhemden**  
en. :: ::  
er, Taschen-  
erzeuge. ::  
en. :: ::  
illige Preise!

**Pradel**

**theater.**  
re, abends 7 1/2 Uhr:  
4. und letzten Male! —  
**efland**  
ag, den 29. April 1909,  
abends 7 1/2 Uhr:  
zum 2. Male! — —  
**anns Erzählungen.**  
Sonabend:  
**mpeter von Säckingen.**

**Frink**  
**'s Excelsior!**  
1113

**denkmäler,**  
infassungen, in allen  
gen, am billigsten bei  
**ihelm Ott.**  
gerschestr. 1 1845  
riorderstrassen-Ecke.

**Kodes-Anzeige.**  
Montag nachmittags 3 Uhr  
tätlich und unermattet  
nigies, innigst geliebtes,  
stliches Söhnchen  
**Otto**  
n Alter von 10 Monaten.  
igen tiefbetäubt an  
**o Hornfeld und Frau**  
artha geb. Werning.  
efeld, 26. April 1909.  
teistr. 60. [2445]

**meier**  
le Teilnahme zeigen  
terbliebenen.  
achmittags 3 1/2 Uhr.  
att. Vorfeier 3 Uhr.

**S**  
**kt**

**ittel**

**Abonnementpreise**  
für Bielefeld und Umgegend, so-  
wie bei sämtlichen Agenturen frei  
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-  
lich. Durch die Post bezogen  
1,80 M. vierteljährlich extrafreie  
Bestellgeld.  
Einzelnnummer 10 Pfg.

**Erscheinungstage**  
mit Ausnahme der Sonntags- und  
Feiertage täglich nachmittags.

Gernspruch-Anschluß Nr. 353.

# Volksmacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die sippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 99. Bielefeld, Donnerstag, 29. April 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

## Zur Lage.

Das Ende des Bloßes  
scheint jetzt wirklich gekommen zu sein. Wenn die Reichspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung (zusammen 40 Abgeordnete) an der Seite der Konserverativen ausstehen, dann ist mit dem Zentrum eine neue Mehrheit geschaffen, die die Finanzreform ganz nach ihrem Bedürfnis und Belieben zu gestalten in der Lage ist. Ob dann die Regierung mitmacht oder nicht — der Willoblock ist jedenfalls gesprengt.

Die Konserverativen haben schon längst kein Interesse mehr am Bloß. Sie waren im Bloß bisher immer der nehmende Teil und haben mit herablassender Gönnermiene all die Gaben eingestekt, die ihnen vom liberalen Willoblock präsentiert wurden. Sobald aber im Bloß einmal Regungen laut wurden, die den Konserverativen politisch oder wirtschaftlich wider den Strich gingen, da erlosch bei ihnen das Interesse am Bloß, es gab eine Krise. So im Vorjahre, als Bagache für eine Reichsreform plädierte, so bei dem Streit um die Liebesgabe der Schnapsbrenner, der mit der „mihverstandenen Bloßfindung“ durch den konserverativen Fraktionschef v. Normann endete.

Die Konserverativen konnten sich diese Haltung um so eher leisten, als das Zentrum nicht nur stets hilfsbereit hinter ihnen stand, sondern sie mit Liebesbeweisen förmlich überschüttete, um sie auf diese Weise vom Bloß loszureißen, und den verhassten Bloß zu sprengen. Jetzt, wo dieses Ziel wieder sehr nahe zu sein scheint, wird die Umkehrbewegung der Konserverativen durch die Zentrumspresse geradezu widerlich. Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt an einem Tage (27. April) gleich zwei Leitartikel zur Verteidigung der Konserverativen. Im Mittags- und im Abendsblatt wird den Konserverativen becheinigt, daß es sehr brav war, an Stelle einer Erbschaftsteuer die Wertzuwachssteuer vorzuschlagen, und daß nur törichte Annahme des liberalen Bloßteiles ihnen solches Vorgehen verargen kann. Und nun geht es an ein Rückgratstreiben, bei dem alle Register gezogen werden, um zu verhindern, daß die Konserverativen nochmals einklinken; in dem Leitartikel der Abendsgabe „Woher der Lärm“ findet sich diese nachdrückliche Mahnung an die Konserverativen: „Wenn die Konserverativen nun noch mal in zwölfster Stunde mit aller Entschiedenheit die (Erbschaft) Steuer ablehnen, dann ist anzunehmen, daß sie im jetzigen Stadium und bei der Art der Agitation der letzten Zeit sich der Tragweite eines Nachgebens und abermaligen Zurückweichens vor dem von Willoblock gezogenen Liberalismus wohl bewußt sind. Denn darüber gäbe man sich keiner Täuschung hin, daß der Kampf, wenn er auf beiden Seiten wirklich aufgenommen und durchgeführt wird, nicht nur um die Erbschaftsteuer, sondern um unvergleichlich mehr und bedeutendere Positionen geht, daß er zu einer Entscheidung um die Vorherrschaft zwischen links und rechts werden muß. Wir haben schon in den ersten Bloßzeiten einmal betont, daß Reichstagsauflösung und Bloß zum guten Ende sich mehr gegen die Konserverativen als gegen die Sozialdemokraten richtet, daß sie wenigstens mehr wie diese zum Schluß des damals eingeleiteten Kampfes für den Liberalismus die Rede bezahlen würden. Vielleicht empfindet man jetzt allmählich auch in konserverativen Kreisen die Nichtigkeit dieses Gebankens.“

Die Tendenz der Zentrumspolitik tritt hier ganz unverkennbar zutage; sie zeigte sich auch in gleicher Klarheit in der am Dienstag abend abgetretenen inoffiziellen Besprechung der bürgerlichen Fraktionsvertreter über die Finanzreform.

Darüber wird berichtet:

Auf Einladung des Vorsitzenden der konserverativen Fraktion, v. Normann, fand gestern abend im Reichstage eine inoffizielle Besprechung zwischen Führern aller bürgerlichen Parteien und Regierungsvertretern über den konserverativen Antrag, die Wertzuwachssteuer an Stelle der Erbschaftsteuer zu setzen, statt. Erhielten waren etwa 20 bürgerliche Abgeordnete; die Sozialdemokraten waren nicht eingeladen. Ein Vertreter der Nationalliberalen fragte boshafterweise den Schatzkammer, warum er alle Parteien des Reichstages mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie zu dieser Besprechung eingeladen habe; es sei wohl verständlich, wenn die Regierung die Vertreter ihrer Mehrheit (soll heißen ihres Bloßes) zu einer vertraulichen Besprechung zusammenberufen, aber ganz unverständlich sei es, auch Teile der Opposition, wie hier das Zentrum und die Polen, einzuladen, andere Teile dagegen auszuschließen. Auf diese Ausführungen schied sich der Schatzkammer in allen ihm zur Verfügung stehenden Sprachen aus. Gründe für sein Verhalten hat er wohl nicht; schon seit einiger Zeit macht er den Eindruck vollkommener Dummheit, so daß man ihn für seine Maßnahmen kaum voll verantwortlich machen darf. Von der Regierung waren anwesend: außer Ebdow, Rheinbaben eine Anzahl Räte des Reichshofamtes und der Reichsbaupräsident Savenstein. Ebdow wurde zum Vorsitzenden bestimmt. Den alleinigen Gegenstand der Besprechung bildete der konserverative Antrag. Die Freisinnigen lehnten eine sachliche Beratung überhaupt ab und als trotz ihres Widerspruches doch in die sachliche Beratung eingetreten wurde, enthielten sie sich jeder weiteren Teilnahme. Der Staatssekretär Ebdow erklärte für die Regierung, daß sie der Wertzuwachssteuer nicht unympathisch gegenüber stehe, indes sie der jetzige Zeitpunkt für die Schaffung einer solchen Steuer nicht geeignet, da sie langwieriger Vorarbeiten bedürfe. Es sei notwendig, eine sofort erhebende Steuer zu schaffen. Als solche könne nur die Erbschaft- oder Nachlasssteuer in Frage kommen. Der Reichsbaupräsident Savenstein wandte sich ebenfalls nachdrücklich gegen die Wertzuwachssteuer. Eine solche Steuer auf Wert- und Dividendenpapiere sei einfach unmöglich. Die Abg. Raab (Antisemit) und v. Camp (Reichspartei) traten sich sympathisch über die Wertzuwachssteuer aus. Polen, Nationalliberale und Freisinnige äußerten sich nicht zur Sache, dagegen gab zum Schluß Abg. Spahn im Namen des Zentrums die überragende Erklärung ab, daß seine Fraktion einstimmig beschließen habe, auf den Boden des konserverativen Antrages zu treten, um dadurch die Erbschafts- oder Nachlasssteuer überflüssig zu machen.

Die Sachlage stellt sich nunmehr so: der konserverative Antrag wird getragen von den beiden konserverativen Parteien, der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Zentrum. Diese Parteien reichen schon aus, auch ohne Polen und Esfasser eine Mehrheit für die Reichsreform zu schaffen. Der Bloß wäre damit definitiv erledigt.

Diese Auffassung macht sich ganz allgemein geltend. So wird

die Meldung, daß der 50er-Ausschuß der Konserverativen heute, 29. April, zusammentritt, um über die Finanzreform zu beraten, von der „Neuen politischen Korrespondenz“ mit folgender Bemerkung begleitet: Fällt der Beschluß im Sinne der Auffassung des engeren Ausschusses der Partei aus, der bekanntlich der Urheber der Wertzuwachssteuer ist, so ist damit das Zustandekommen der Reichsfinanzreform endlich in Frage gestellt und die Sprengung der nationalen Mehrheit des Reichstages wahrscheinlich.

## Die Wertzuwachssteuer.

Eine Entscheidung von großer prinzipieller Bedeutung soll am heutigen Donnerstag in der Finanzkommission des Reichstages fallen. Zur Beratung steht der Antrag Dr. Reiche-Graf Westarp, eine Wertzuwachssteuer für Immobilien und Wertpapiere als Ersatz für die geplante Erbschaftsteuer der Regierung vorzuschlagen. In der Vorbesprechung vom Dienstag abend hat die Regierung eine Wertzuwachssteuer nicht gerade direkt abgelehnt, aber von einem Ersatz für die Erbschaftsteuer durch diese neu vorgeschlagene Steuer will sie nichts wissen. Wie bestimmt verläutet, wird die Regierung diesen Standpunkt keineswegs verläßt. Konserverative und Zentrum werden geschlossen für den Antrag eintreten. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat sich zwar für die Wertzuwachssteuer erklärt, sie will aber neben dieser Steuer auch noch die Erbschaftsteuer haben. Die Haltung der Freisinnigen ist noch unklar; denn wie in parlamentarischen Kreisen behauptet wird, haben sie sich für den konserverativen Antrag noch nicht unbedingt festgelegt. Vor allen Dingen haben sie noch nicht erklärt, daß sie bereit sind, auf die Erbschaftsteuer zu verzichten. Fürst Bülow soll angeblich die Absicht haben, zur Beratung des Antrages in der Finanzkommission zu erscheinen. Wenn das zutrifft, so ist damit die Bedeutung der Situation in das hellste Licht gerückt; denn als er in der Budgetkommission erschienen sollte, um Auskunft über die Notwendigkeit zu geben, hat er dies abgelehnt mit der Motivierung, daß noch nie ein Reichstagsminister an Kommissionsberatungen teilgenommen habe. Daß der konserverative Antrag in der Form, wie er der Kommission unterbreitet wurde nicht Annahme finden kann, steht fest. Es wird sich bloß darum handeln, ob sich eine Mehrheit findet, die im Prinzip damit einverstanden ist, daß an Stelle der beabsichtigten Erbschaftsteuer die Wertzuwachssteuer tritt. Die Berliner Abendpost ist davon überzeugt, daß der Bloß gesprengt ist, und daß dem Reichstagsminister nichts weiter übrig bleibt, als entweder dem Zentrum die Hand zu reichen, oder seiner Wege zu gehen, oder aber, den Reichstag aufzulösen.

Wie die „National-Zeitung“ erfahren haben will, betrachtet man auch in Regierungskreisen den Bloß als erledigt. Einen Appell an die Wähler halte man aber nicht für zweckmäßig. Die Regierung werde im äußersten Falle auf die Erbschaftsteuer verzichten und statt dessen das Brandweinmonopol nach einem Kompromiß zwischen Konserverativen und Zentrum als Hauptfinanzquelle benützen. — Ob diese Mitteilung den Tatsachen entspricht, läßt sich im Moment allerdings nicht feststellen; aber daß das Brandweinmonopol kommen wird, gilt auch in den Kreisen der Mitglieder der Steuerkommission als ausgemachte Sache. Zu den Vätern, die am eifrigsten am Bloß festhielten, gehört die „Völkische Zeitung“. Nachdem nun aber der Bloß ein Ende mit Schreden gefunden hat, gefällt sich die „Völkische Zeitung“ in der Rolle des Auktes, dem die Trauben zu teuer sind, weil sie zu hoch hängen. Das mehr national-liberale als freisinnige Blatt erklärt, die bürgerliche Linke sei weit entfernt, um des Bloßes willen ihren Standpunkt preiszugeben und sich der Rechte in die Arme zu werfen. Gehe der Bloß in die Brüche, man werde ihm keine Träne nachweinen. Daß der Bloß nur von kurzer Dauer sein konnte, stand von allem Anfang an fest; aber es ist durchaus erwünscht, daß nicht die Linke, sondern die Rechte den Bloß sprengt.

Jedenfalls ist im Augenblick die Situation so verworren, als nur möglich.

## Politische Uebersicht.

### Deutsches Reich.

**Ausdehnung des Heilverfahrens.** Die Vertreter der Berufsvereinigungen sind zu einer im Reichsversicherungsamt stattfindenden Konferenz eingeladen worden. Es besteht die Absicht, eine Denkschrift herauszugeben, die sich mit der Uebernahme des Heilverfahrens durch die Berufsvereinigungen während der gesetzlichen Wartepause befaßt. Die bisher von einigen Berufsvereinigungen verfolgten Grundzüge sollen allgemein zur Einführung gelangen.

**Gesetzgebung betreffend die freien Hilfskassen.** Ansehnend aus amtlicher Quelle stammend, wird erklärt, daß der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf über die Hilfskassen durch die Reichsversicherungsordnung nicht hinfällig werde. Letzterer Gesetzentwurf will nur das Verhältnis der freien Hilfskassen zu den anderen Krankenkassen regeln. Angeht es die Absicht, bestehen, den freien Hilfskassen eine freiere Verwaltung zu ermöglichen. Das Selbstverwaltungsrecht dieser Kassen soll unangefast bleiben. Diese letztere Verfügung ist sehr überflüssig; denn die Beiträge zu den freien Hilfskassen haben die Arbeiter selbst zu tragen, und es wäre ja noch schöner, wenn man ihnen die Verwaltung von Kassen, zu denen die Unternehmer nichts beitragen, auch noch einschränken wollte!

**Angriffe gegen das Auswärtige Amt.** Die „Nationalzeitung“ greift in ihrer Dienstag-Abendausgabe das Auswärtige Amt im allgemeinen und den Staatssekretär v. Schöen im besonderen ziemlich scharf an. Im Falle Menschhausen, der in Marokko bisher noch nicht zu seinem Gelde kommen konnte, wird dem Auswärtigen Amt Vorfälle zum Vorwurf gemacht. In Griechenland habe man einer deutschen Firma, die sich um staatliche Lieferungen bemüht hatte, die amtliche Unterstützung verweigert, weil man einem anderen Bewerber, einem Österreicher, keine Konkurrenz machen wollte. In einem anderen Falle ist der deutschen Industrie ein Auftrag für Lokomotiven verloren gegangen, weil der dortige deutsche Gesandte keine Part hatte, sich mit der Sache zu befassen. In Dabomey, wo sechs deutsche Firmen anständig sind, wird jetzt eine deutsche Vertretung eingerichtet, mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen ist der Angestellte einer österreichischen Firma betraut worden. Die „Nationalzeitung“ hofft, daß das Auswärtige Amt mit einer Antwort nicht zögern werde.

**Gegen die Reichs-Versicherungsordnung.** Der sächsische Schiedsrichter, der in Großenhain tagte, und der 4083 Schiedsbetriebe vertrat, wandte sich gegen die neue Reichsversicherungs-

ordnung. Ihre Einführung würde die Bankrotterklärung der sämtlichen kleinen Berufsvereinigungen zur Folge haben. Allein für Beamtengehälter würden 40 Millionen Mark bezahlt werden müssen, gegen jetzt 9 1/2 Millionen Mark. — Es wurde eine entsprechende Resolution angenommen.

**Eine konserverativ-ultramontane Wahlparole hat die „Köln. Volkszeitung“ bereits gefunden.** Das Blatt meint, wenn der Reichstag aufgelöst werde, dann können Konserverative und Zentrum den Wahlkampf unter der Parole führen: Besteuerung der Witwen und Waisen, oder des leichtverwundbaren Vermögens. Dem ist dann die drohende Bemerkung hinzugefügt, daß die Konserverativen es ganz ruhig mit ansehen könnten, wenn eine größere Anzahl Sozialdemokraten gewählt würde. Mit vergrößerten Mitteln ist wohl nie ein Kampf geführt worden, als wie der, den Zentrum und Konserverative gegen die Verfassung führen!

**Sächsische Konserverative gegen die Wertzuwachssteuer.** Die konserverativen „Dresdener Nachrichten“ brachten Dienstag abend einen, angeblich von „hochgeschätzter Seite“ ihnen zugegangenen Artikel zur Reichsfinanzreform. Darin wenden sie sich gegen die Wertzuwachssteuer; dieselbe sei wohl eine geeignete Steuer für Gemeinden, nicht aber für das Reich.

**Außerverfolgung.** Zu der in Dresden bevorstehenden Gerichtsverhandlung gegen russische Studierende wegen Geheimbündelei wird geschrieben:

Es befinden sich bis jetzt allein im Dresdener Untersuchungsgefängnis zwölf russische Gefangene, die der Geheimbündelei dringend verdächtig sind. Auch die Berliner Politische Polizei nimmt an der Voruntersuchung Anteil. Kürzlich wurde noch ein der Berliner Polizei schon seit längerer Zeit verdächtiger Russe in Dresden verhaftet. Die in Dresden und Berlin verhafteten Russen unterhielten lebhaften Verkehr mit dem in der Schweiz etablierten russischen Hauptkomitee. Die gesamte Korrespondenz soll in die Hände der Polizei gefallen sein.

**Konserverative und Beamte.** Die „Kreuzzeitung“ setzt ihre Angriffe auf die Beamten fort. Anlaß dazu bietet ihr eine konserverative Verammlung, die am Sonntag in Marburg tagte. Der Ausschuß der Beamten und Lehrer dorfselbst forderte die Beamten und Lehrer auf, sich bereits um 3 Uhr in einem anderen Lokal zu versammeln. Die konserverative Verammlung, in der Abgeordneter Pauli-Roscham als Referent angewandt war, war auf 5 Uhr angesetzt. Die Beamten und Lehrer erschienen in geschlossenem Zuge in der Verammlung und verlangten Redefreiheit. Es wurde ihnen erklärt, daß jeder Redner 10 Minuten sprechen könne; Redner, die nicht aus dem Bezirk seien, könnten das Wort aber nicht erhalten. Diese Bemerkung war auf einen Redner gemünzt, den sich die Beamten aus Berlin hatten kommen lassen. Die Erklärung des Vorsitzenden wurde damit beantwortet, daß die Beamten und Lehrer geschlossen die Verammlung verlassen. — Die „Kreuzzeitung“ findet, daß dieses System den Sozialdemokraten abgedrückt sei und läßt durchblicken, daß gegen diese Beamten in der scharfsten Weise vorgegangen werden müsse.

**Wo war das Volk?** Diese Frage wirft die „Germania“ in ihrer Abendausgabe vom Dienstag in einem Artikel auf, der ihr angeblich aus Arbeiterkreisen zugegangen ist. Es handelt sich um die Deputationen, die beim Fürsten Bülow waren, und der Artikelverfasser stellt nun fest, daß die Wortführer gewesen sind: ein bayerischer, ein sächsischer und ein thüringischer Professor, ein württembergischer Graf, ein badischer Geheimrat und ein schweizer Kommerzienrat. Wenn man die Herren nach ihrer Legitimation gefragt hätte, wären sie in tödliche Verlegenheit gekommen. Die christlich gesinnten Arbeiter seien auch der Meinung, daß dem Reiche neue Steuerquellen erschlossen werden müssen, aber es müsse der Volk stärker getroffen werden. Wenn der Reichskanzler die Stimmung des werktätigen Volkes kennen lernen wolle, dann müsse er den Reichstag auflösen. In einer deutlichen Antwort solle es dann nicht fehlen.

**Koloniales.** Aus Kamerun wird amtlich gemeldet: Ein heftiges Erdbeben, das seit Montag abend anhält, hat das Gouvernement gezwungen, Buna zu räumen und seinen Sitz vorläufig nach Duala zu verlegen.

### Aus dem Reichstag.

**Ein neuer Umfall des Freisinnigen in der Wahlprüfungskommission.** In der Sitzung vom Dienstag wurde bei der Besprechung der Sieverschen Wahl abermals eine ganze Sitzung der Frage der politischen Agitation der Kriegervereine unter Führung der Landräte u. w. gewidmet. Der General v. Spitz hatte ein Gutachten abgegeben, wonach in den Kriegervereinen alles durch unabhängige, freie, selbständige Männer beschlossen wird; keinelei amtlicher Einfluß hat sich geltend gemacht; wenn den Reserve-Offizieren nahegelegt wird, und zwar offiziell von den Bezirkskommandos, den Kriegervereinen beizutreten, so haben sie dennoch den „freien Willen“, das zu tun oder zu lassen u. w. Hervorgehoben aus dieser Sitzung ist nun wieder einmal der völlige Umfall der Freisinnigen. Sowohl der freisinnige Abgeordnete Doormann, wie der freisinnige Abgeordnete Delbrück erklärten in voller Harmonie mit den Nationalliberalen und Konserverativen, daß die Kriegervereine doch nicht deshalb als amtlichem Einfluß unterliegend angesehen werden könnten, weil Landräte und sonstige hohe Beamte an ihrer Spitze ständen; das sei doch beim Bunde der Landwirte auch der Fall, und man könne doch nicht sagen, daß der Bund der Landwirte ein amtlicher Verein sei oder amtlichen Einflüssen unterliege. So wurde denn bei der Abstimmung die Frage: „Ob die politische Agitation der Kriegervereine auf Grund ihrer Organisation und ihrer Stellung zu den Behörden als unerlaubt zu betrachten sei“, mit 7 Stimmen gegen die 4 Stimmen des Zentrums, die Stimme des Sozialdemokraten und des Polen, verneint und damit für künftige Wahlen dem amtlichen Mißbrauch der Kriegervereine seitens der Regierung ihr volles Recht gegeben. Zweideutigkeit von den Freisinnigen ein Krebbsfisch ausgefistelt.

Was wird dann Müller-Sagan sagen, der noch vor wenigen Tagen im Reichstage öffentlich von dieser Sorte Kriegervereinen als „Kriegervereinen“ sprach?

Die Angst vor den Neuwahlen hat doch nicht etwa die Freisinnigen veranlaßt, schon jetzt sich die Hilfe dieser „freien, unabhängigen, selbständigen“ Männer zu sichern, wenn sie wie eine Sammelherde von ihren Vorgezeiten zur Wahlurne geführt werden?

**Die Ansichten der Tabaksteuervorlage.** In der heutigen Sitzung der Subkommission hat eine aus Konserverativen, Antisemiten und Zentrumsmittgliedern zusammengesetzte Mehrheit beschlossen, der Finanzkommission vorzuschlagen, einen

und durchfließen  
Flotten, die sie  
teuer haben."  
Reichstagsabge-  
hnen Petitiona-  
kenntnis geben  
weiter die Un-  
Auch hier h  
fortschritte gem  
c. Salzjulen  
affiierten am  
Großermann u

arbeit sind es die Folgen der Sozialdemokratie. Der Sozialdemokrat hat ein Recht auf Arbeit. Der Sozialdemokrat hat ein Recht auf Arbeit. Der Sozialdemokrat hat ein Recht auf Arbeit.

ndle. Nach den jüngsten Schulzeitung haben im letzten 1. Lehrjahr 100 bis 27, in 3. Lehrjahr 100 bis 409 bis 430 Schüler. Um den großen Schulmangel zu beheben, werden in den nächsten Jahren 70 Klassen und 100 Lehrer eingestellt.

## Nachbarschaft.

Dielefeld, 29. April.

Tag und Nacht zerfließt. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Inferatenteil der Wochenschrift. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

der und Konditionen. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

anabend, den 1. Mai, ist n. — Sämtliche Unter- 1 Uhr auszudehnen.

hier ist von der Stadt- 1 Uhr auszudehnen.

Montag, 26. April, in der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Das ist ja gerade der Gegenstand der Arbeit. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Da gibt es nichts. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Die Natur nach dem Gesetz. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Am 27. April, in der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Am 27. April, in der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Am 27. April, in der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Am 27. April, in der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Am 27. April, in der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

Am 27. April, in der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern. In der Nacht zeigt kein Stern.

**Zusammenstoß.** Am 28. April gegen 6 Uhr fuhr der Anstalt Sch. mit einem zweipännigen Kastenwagen am Bahnhof gegen einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Der Straßenbahnwagen wurde durch die Deichsel stark beschädigt. Personen wurden nicht verletzt. Der Verkehr konnte nach 10 Minuten Aufseht wieder aufgenommen werden.

**Rahrad Diebstahl.** Dem Kaufmann Sch. von hier wurde gestern nachmittag vor dem Hauptpostamt ein Fahrrad (Marke „Concordia“, Rahm-Nummer unbekannt, gestohlen. Vor Kauf wird gewarnt. Der Verdacht des Diebstahls der hier angehaltenen silbernen Damenuhr mit goldener Kette hat sich bestätigt und wurde aufgeführt durch die am 28. April, vorm. 8 Uhr, erfolgte Festnahme des aus der Erziehungsanstalt Nienburg entlassenen Häftlings R. L. aus Gelsenkirchen.

Gefunden: 1 schwarzer Damenschirm, 1 weiße Perlenkette.

Verloren: 1 Double-Halskette mit Anhänger mit Photographie, 1 Goldgürtel mit goldenem Schloß, 1 Taschenuhr mit Email, 1 Double-Kettenarmband, 1 rotes Portemonnaie mit 10 Mk. und 2 Ringen Inhalt, 1 neuer Herren-Schnürstiefel, 1 silberne Damenuhr mit Goldband.

Entlaufen: 1 Jagdhund, langhaarig, braun- und weißgefleckt.

Abgelaufen: 1 braun- und weißgefleckter Jagdhund.

## Maifeier.

Lage. Sonnabend, 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Voh: Versammlung.

Stadthagen. Sonnabend, 1. Mai, abends 7 Uhr, im „Schaumburger Hof“: Volksversammlung. Hierauf Konzert, Theater, Gesangsvorträge, turnerische Auftritte und lebende Bilder.

## Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

**Gau Süliches Westfalen und Lippsche Fürstentümer.**

Der Gauvorstand hat sich konstituiert und nachgeordnete Gangesgenossen mit der Leitung der Gänge betraut: Hermann Standke, Westf., 7. Vork.: August Bieker, Schmiedestr. 5, 2. Vork.: Gustav Stender, Schilbeckerstr. 32, Kassierer: Rudolf Schilling, Hafenort 14, 1. Schriftf.: Ernst Tscharte, Lärgerweg 56, 2. Schriftf.

Sämtliche Sendungen, Anfragen usw. sind an den Vorsitzenden S. Standke, Westf., 7, welcher alle Korrespondenz besorgt, zu richten; Gelder sind nur an den Kassierer Gustav Stender, Schilbeckerstr. 32, zu senden, dieser besorgt den Versand der Pieder und Zeitungen.

Mit freiem Sängergesang!

Der Gauvorstand. S. A.: S. Standke.

**s. Herford, 27. April. Gefängnisarbeit.** Noch immer ist der verminderte Geschäftsgang in der hiesigen Holzindustrie zu bemerken. Ganz besonders macht sich dies in dem Aufstehen der Arbeiter gegen den Arbeitgeber bemerkbar. Auf die mannigfaltigsten Art wird versucht, die schlechte Konjunktur gegen die Arbeiter auszunutzen. Da bedarf es der ganzen Kraft der Arbeiterkraft, die zugekauften Verschlechterungen abzuwehren. Die Arbeiterkraft in diesen Verhältnissen zu unterstützen sollte eigentlich die vornehmste Aufgabe des Staates sein. Nicht so aber in unserem „lieben Vaterlande“ Preußen. Unter Vater Staat hat aber Väterliches zu tun, als der Arbeiterkraft die Existenz zu ermöglichen.

So macht die Direktion des Gefängnisses zu Herford bekannt, daß die Arbeitskräfte von 70 Gefangenen vom 1. Oktober an zu vergeben sind. Besonders erwünscht ist die Beschäftigung in Holzarbeiten, als Tischlerei und Stuhlmanufaktur.

Hundert von Holzarbeitern waren im vergangenen Winter gezwungen, lange Zeit verurteilt zu arbeiten. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte darin auch der kommende Winter noch keine Besserung bringen. Und da kommt der preussische Fiskus und wirft mit einem Schlag 70 Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt.

Das dieses Angebot der Gefängnisdirektion eine ungeheure Konkurrenz für die freien Arbeiter bedeutet, dürfte wohl ohne Zweifel sein.

Dem Steuerzahler, dem Ernährer der Familie wird die Arbeitslosigkeit erschwert, ja vielleicht wird er deswegen von der Arbeit entlassen, weil der Arbeitgeber seine Arbeit von den 70 Arbeitskräften des königlichen Gefängnisses ausführen läßt.

Not und Arbeitslosigkeit bricht über den freien Arbeiter herein, vielleicht geht dabei die Familie zugrunde! Was fragt der Staat danach! Und so wird es vielleicht kommen, daß der Tischler und Holzarbeiter in Herford nur noch in seinem Berufsbeschäftigung findet, wenn er auf längere oder längere Zeit das Gefängnis aufsucht!

**\* Herford, 28. April.** Als Leiche aus der Herre gezogen wurde gestern die seit dem 2. April verunglückte Lehrerin Fräulein Marie Körner. Die „Herf. Bz.“ meldet darüber: Bei der Leiche wurde eine Uhr (Monogramm M. K.) mit Kette gefunden. Martha Körner war 22 Jahre alt, hatte ihr Lehrerinnen-Examen bestanden und war in Detmold als Lehrerin angestellt. Sie war aber sehr überarbeitet und nervös und fürchtete deshalb, ihr Amt, das sie nach Ostern antreten wollte, nicht ausfüllen zu können. Am 2. April war sie ausgegangen und nicht zurückgekehrt. Bei Detmold hatte man alle Leiche nach der Leiche vergeblich durchsucht. Die arme Kranke muß also nach Herford gefahren sein. Es war ein sehr ernst veranlagtes, streibames und sympathisches junges Mädchen. Die Familie lebt in Detmold in durchaus günstigen Verhältnissen.

**\* Bünde, 27. April.** Die Protestversammlung auf der Wilhelmshöhe war von 400 Personen besucht. Kollegin Ostinde und Gauleiter Schlichter referierten. Die Hüssener Resolution wurde auch hier einstimmig angenommen.

**\* Süßen b. Bünde, 27. April.** Die Tabakarbeiter- versammlung am Sonntag war von 350 Personen besucht. Nach dem Referat der Kollegin Ostinde wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Protestversammlung der Tabakarbeiter, die von 350 Personen besucht ist, bedauert aufs tiefste, daß der Tabakverein ohne Rücksicht auf die Arbeiter, Wertmeister und Kleinfabrikanten der Tabakindustrie der Regierung 41 Millionen neuer Tabaksteuern im Interesse des Großkapitals angeboten hat. Die Versammlung ist tief empört, daß der Nationalliberalen Weiber und der Freisinnigen Kommissen den Beschluß des Tabakvereins als Antrag der Subkommission eingebracht haben. Die Versammlung erklärt sich mit dem vom Westfälischen Zigarrenfabrikantenverein hiergegen erhobenen Protest einverstanden. Da sämtliche bürgerlichen Parteien sich als Freunde der Tabaksteuer erwiesen haben, so erklärt die Versammlung, daß nur die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche die Interessen der Tabakarbeiter vertritt. Die Versammelten beschließen einstimmig, sich dem Deutschen Tabakarbeiterverbande anzuschließen und für den Ausbau des Verbandes mit allen Kräften einzutreten.“ Kollege Weßler führt dann noch aus, daß er eine Petition des Bundes der Landwirte gegen die Nachschäuerung gegeben habe, die sogar Frauen von Zigarrenarbeitern mit unterschrieben hätten. Er habe nun festgestellt, daß die Wähler in Abwesenheit der Männer die Frauen aufsuchten. Den Frauen sei gesagt worden: „Wenn sie tot wären und im Sarge ausgeführt würden, dann kämen die Steuerbeamten und durchstöberten ihren Nachlaß und sogar von ihren paar Klotten, die sie hinterließen, wollte der Staat dann die Nachschäuerung haben.“ Da haben dann die Frauen unterschrieben. Der Reichstagsabgeordnete Seering solle, wenn die Wähler mit ihren Petitionen in den Reichstag kämen, den Abgeordneten Kenntnis geben, wie hier die Wähler von armen Tabakarbeitern die Unterschritten erzwungen hätten.

Auch hier hat die Organisation in den letzten Wochen gute Fortschritte gemacht.

**\* Salzkufen, 28. April. Bauunfälle.** Zwei Unfälle passierten am Montag an den Neubauten der Unternehmer Prodermann und Kortjune. Bei ersterem stürzte der Maurer Dillermeier aus Lage etwa 7 Meter hoch. Ein Schlüsselbein-

bruch und Kopfverletzungen waren die Folge. S. wurde im Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

An diesem Bau wird überhand gemauert. Es hätte deshalb außer ein Schutzgerüst angebracht werden müssen. Aber davon war nichts zu sehen. Sobald derartige Unfälle aber vorkommen, wird alles in Ordnung gebracht. Die Revisionsbeamten sollten einmal mit 3 Beamten zu gleicher Zeit in Salzkufen die Bauten revidieren und dann nicht mit der Bahn, sondern zu Fuß von Herford herüber kommen. Sie würden dann Zustände vorfinden, wie sie sie nicht ahnen.

Bei dem zweiten Unfall ist ein Maurer mit Gantabschürfungen davongelommen. In diesem Falle lag die Schuld wohl mehr an dem Arbeiter selbst. Auch die Arbeiter sollten in vielen Fällen etwas vorsichtiger sein.

**\* Detmold, 28. April.** Die Maifeier wird von der Arbeiterkassette Detmolds und Umgegend durch Konzert, Gesangsvorträge und Festrede begangen. Unsere Genossen haben, wie üblich, auch dieses Jahr Plakate anfertigen lassen, um die Maifeier an den Plakatsäulen bekanntzumachen. Während es früher aber genügt, auf der Steuerkasse nach Größe der Plakate die Gebühr zu entrichten, ist jetzt die Erlaubnis des Magistrats erforderlich. Letzterer hat nun in seiner heutigen Sitzung diese Erlaubnis verweigert. Für das nachgefragte Tanzganzhorn wurde die Erlaubnis nur bis 11 Uhr erteilt. Da aber das Programm der Maifeier die Zeit bis 11 Uhr schon allein ausfüllt, ist diese Genehmigung zwecklos. Nun, ein Tanzganzhorn wird trotzdem stattfinden und zwar geschlossen veranstaltet von der Partei und dem Gewerkschaftskomitee.

Aus dem Verbalten des Magistrats ziehen die Arbeiter Detmolds hoffentlich die Lehre, jetzt erst recht dafür zu sorgen, daß unsere Maifeier eine impotente wird und als Antwort bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen in der 3. Klasse nur Sozialdemokraten gewählt werden.

**\* Stadthagen, 27. April.** Ein Armenkassen-Rechnungsführer, wie er nicht sein soll! Vor einiger Zeit nahm der Bürgerpräsident hier Veranlassung, in einer Sitzung der städtischen Kollegien das wenig einwandfreie Benehmen des Armenkassen-Rechnungsführers, das dieser Deuten gegenüber an dem Tag legte, die gezwungen waren, Armenunterstützung in Empfang zu nehmen, zu kritisieren und beim Magistrat um Abhilfe zu bitten. Der Armenkassen-Rechnungsführer, der sich wohl niemals in die Lage bedürftiger Leute hineinleben konnte, glaubte es seinem Amte schuldig zu sein, das Aussehen der Unterstützung mit allerhand freilichenden Bemerkungen würzen zu müssen. Auf Vorhalt des Magistrats entschuldigte er sich dann anfänglich mit Nervosität. Auf erneute Beschwerde des Bürgerpräsidenten legte er jedoch am 1. April d. J. sein Amt nieder. Die Stadthäger Armenkassen-Rechnungsführer ist ein Mann, der auch den Bedürftigen die Achtung nicht verweigert.

**\* Mettenberg, 28. April.** Hier sind an der Genickstarre so viele Personen erkrankt, daß der Ort vom Verkehr vollständig isoliert werden mußte. Die Kontrollversammlungen sind telegraphisch aufgehoben worden. Alle Luftfahrten und Versammlungen sind verboten. Vom roten Kreuz in Berlin sind Verordnungen requiriert worden.

**\* Bochum, 29. April.** Der Mord an dem Landwirt Reich in Gannigfeld bei Wattencheid hat jetzt nach Verlauf von nahezu 5 Jahren endlich eine Sühne gefunden. Vom hiesigen Schwurgericht wurden heute die Vergleute Ignatius zu lebenslänglichem Zuchthaus, Tomst zu 15 Jahren Zuchthaus und Marjenschütz zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die drei Vergleute waren in einer Dezembernacht des Jahres 1904 in die Wohnung des Landwirts Reich mit maskierten Gesichtern eingedrungen und hatten den in den fünfziger Jahren stehenden

Mann nach heftiger Gegenwehr durch Revolverkugeln getötet. Ignatius war der Haupttäter.

**\* Essen, 28. April.** Wegen Zeugnisverweigerung in der Rabbob-Angelegenheit wurde der Vorsitzende des Steigerverbandes, Werner, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Werner hatte nach seiner Vernehmung an den Handelsminister das Ersuchen gerichtet, sein Verprechen, die Arbeiter, die infolge ihrer Aussagen von den Privatgeheimnissen würden, in den Staatsgruben zu beschäftigen, auch auf die Steiger auszuweiten. Da der Minister dies aber ablehnte, weigerte sich Werner die Namen der Beamten zu nennen. Deshalb wurde er in die erwähnte Strafe genommen.

## Letzte Nachrichten.

**Berlin, 29. April.** Die „Post“ gibt folgende parteiisoffizielle Erklärung ab: Zur Aufklärung von Mißverständnissen, welche bei den Zeitungsmeldungen über die unter dem Vorhitz des Reichsschatzsekretärs abgehaltene interfraktionelle Besprechung der Reichsfinanzreform erwachsen sind, sei darauf hingewiesen, daß die Reichspartei einer Wertzuwachssteuer für Grundstücke grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstehe, aber nach wie vor an der Erbschaftsteuer festhalte und zwar um je mehr, als im Wege einer solchen Wertzuwachssteuer kein ausreichender Ersatz für die Erbschaftsteuer im Rahmen der Reichsfinanzreform zu erwarten ist.

**Berlin, 29. April.** Der bayerische Finanzminister v. Pfaff hat sich gestern in der Steuerkommission des bayerischen Landtages über die Reichsfinanzreform geäußert. Eine Provokation unseres Genossen Müller wurde zuerst durch Beschluß der Steuerkommission abgewiesen. Man erklärte, die Sache gehöre nicht zur Tagesordnung der Steuerkommission. Als aber später der Kammerpräsident v. Orterer in die Debatte eingriff und mitteilte, auf Grund von Informationen durch seine Freunde im Reichstag könne er erklären, „es komme im Reichstage nichts zustande. Der einzige Effekt aller Beratungen werde die Deckung des Bedarfs durch eine Anleihe sein.“ Da nahm der Finanzminister das Wort, um eine entschiedene Erklärung gegen die Reichsfinanzreform abzugeben. Die Wertzuwachssteuer auf Wertpapiere sei unmöglich durchführbar. Die Steuer auf Immobilien schädige die Gemeinden. Es sei auch vollkommen unmöglich, eine solche Steuer in kurzer Zeit durchzuführen. Die Regierung bestrebe auf einer Erbschaftsteuer mit Ausdehnung auf Ehegatten und Deszendenten.

**Berlin, 29. April.** Wie in Parlamentskreisen angenommen wird, dürfte Schatzsekretär Sydow zu Beginn der heutigen Sitzung der Finanzkommission des Reichstages den konventionellen Antrag auf Einführung einer Wertzuwachssteuer als Ersatz für die Nachsch- und Erbschaftsteuer im Rahmen der verbündeten Regierungen als unannehmbar bezeichnen. Vermutlich wird dann aus der Mitte der Kommission beantragt werden, von einer näheren Beratung dieses Antrages Abstand zu nehmen. Die Subkommission der Finanzkommission lehnte den Antrag Weber-Mommien auf Erhöhung des Gewerbesteuerfußes für Tabak ab und nahm eine Faktorensteuer an, doch scheint nach der herrschenden Stimmung eine aus Konventionen und Zentrum bestehende Mehrheit auf die Vanderslootensteuer zurückgreifen zu wollen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inferatenteil: Wilhelm Vötker, beide in Dielefeld.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Neu eröffnet!

En gros • Export.

Neu eröffnet!

# Rielefelder Schirm-Fabrik

## Gebr. Meyerfeld.

2469

Fabrik: Telephon 1098.

Detailverkauf: Tel. 1615.

### Detail-Verkauf

unserer Fabrikate zu ausserordentlich niedrigen Preisen in unserem neu eröffneten modernen Spezial-Geschäfte:

## Niedernstr. 18.

Regenschirme • Spazierstöcke • Sonnenschirme.

Reparaturen u. Neubeziehen in unserer Fabrik schnell und billig.

## Stadttheater.

Heute, abends 7 1/2 Uhr: — Zum 2. Male: — Hoffmanns Erzählungen. Freitag, den 30. April 1909, abends 7 1/2 Uhr: **Fidelio.** Sonnabend (kleine Preise): Der Trompeter von Säckingen. In Vorbereitung: — Mit neuen Dekorationen! — Die Walküre.

Sieben ist erschienen und in der Buchhandlung Volksrecht zu haben:

## Aus der Tiefe.

Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter von **Adolf Levenstein.** Preis 1 Mark. Porto nach auswärt 10 Pfg.

## Rechnungs-Formulare.

Liefert in sauberer Ausführung prompt und billig Buchdruckerei „Volksrecht“.

## Herford.

Am Sonntag, den 2. Mai, feiert der Arb.-Radfahrer-Verein „Merkur“ in den Lokalen des Herrn **Emil Winkelmann** ... sein diesjähriges ... **Frühlings-Fest** wozu Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen sind. (2432) Der Vorstand.

Hervorragende  
Auswahl!

Spezial-Angebot

aus unserer

# Wäsche-Abteilung!

Aussergewöhnlich  
billige Preise!

Donnerstag,  
Freitag,  
Sonnabend.

Donnerstag,  
Freitag,  
Sonnabend.

2468

## Ca. 600 Damenhemden

Border- und Schulterfisch, größtenteils aus selbstausgerüstetem Hemdentuch,  
am hiesigen Platz angefertigt.

Serie I 85 f  
Serie II 125  
Serie III 195

## Ca. 300 Damen-Beinkleider

aus prima Stoffen mit breitem Feson

Serie I 85 f  
Serie II 110  
Serie III 135

## Ein Posten Knie-Beinkleider

aus feinem Renforcé mit breitem Feson und Durchsatz

Serie I 135  
Serie II 195  
Serie III 290  
Serie IV 350

## Ein Posten feinere Fantas.-Damenhemden

Zum Ausfuchen Stück 290

## 1 Posten Madeira-Nachthemden

feine Fantasiefidereien  
Zum Ausfuchen Stück 650

## Ein Posten Garnituren

bestehend aus Damenhemd und Beinkleid,  
aus gutem Hemdentuch, mit reicher Stickerei  
und Bandedurchzug

Garnitur 390

## Ein Posten Flockpique-Nachtjacken

aus schwerer Ware, mit warmer Bogen oder  
guter Spitze

Zum Ausfuchen Stück 145

## Ca. 1000 Madeira-Damenhemden

aus prima Stoffen, mit hochfeinen  
Madeira-Passen und Madeira-Bogen

Serie I 155  
Serie II 195  
Serie III 285

## Ca. 300 ganz feine Damen-Beinkleider

aus prima Stoffen, teils mit Durchsatz-Stickerei

Serie I 165  
Serie II 225  
Serie III 290

## Kleiner Posten Damen-Nachthemden

aus ganz vorzüglichen Stoffen, mit reicher Verzierung

Serie I 245  
Serie II 350  
Serie III 475

## Ein Posten Damen-Frisier-Mäntel

aus prima la. Stoffen mit breiten Fesons  
und Durchsätzen

Serie I 450  
Serie II 575  
Serie III 750

## 2 Sorten Herren-Hemden

solide Qualität

Serie I 145  
Serie II 195

## Ein Posten feine Herren-Nachthemden

mit reizendem wachsehem Beatz

Serie I 275  
Serie II 350  
Serie III 475

## Enormer Posten Kinder-Wagendecken

mit breitem Volant und feinen Stickereien

Serie I 125  
Serie II 250

## Großer Posten Feston-Unterröcke

aus guten Stoffen, mit reich gesticktem Volant

zum Ausfuchen Stück 390

Auffallend billig!

Selbst angefertigt!

Auffallend billig!

## Ca. 1000 Untertaillen

aus breitem Feson  
mit Bandedurchzug

Serie I 85 f  
Serie II 110  
Serie III 195  
Serie IV 250

## Selbst angefertigt! Anstandsrocke

aus prima Pique

185 290 350

Bettbezüge 11/2schläf.  
aus weißem Cretonne 195  
Bettbezüge 2schläf.  
aus prima Cretonne 290  
Bettbezüge 11/2schläf.  
aus weiß gest. Satin 450

## Einzelne bessere Bettbezüge

teils 1 1/2, teils 2 schläf., weiß angestrichelt 3. Ausf. Stück 550

## Selbst angefertigt! Ca. 2000 Kissenbezüge

aus prima Wäschetuch

Sorte I ausgefurbelt 65 f  
Sorte II Dürkopp-Languette, Glanzbogen 95 f  
Sorte III mit breitem Durchsatz u. Füllchen 110

## Dowlas-Betttücher für 2 schläf. Bett 165

## Halbl.-Betttücher mit Hohlraum 275

## Posten Bielefelder Halbleinen-Betttücher

erstes hiesiges Fabrikat  
Größte Haltbarkeit zum Ausfuchen 365

## Gebrauchsfertige Taschentücher

Alsbergs Marke I per 1/2 Duzend 95 f  
Alsbergs Marke Ia per 1/2 Duzend 135  
Alsbergs Marke Ib per 1/2 Duzend 150

## Englische Taschentücher 95 f

## Kinder-Taschentücher 50 f

aus weißem Linon mit rotem Rand, per 1/2 Duzend.  
Enormer Posten  
Prima Frottier-Handtücher  
in weiß 57 f  
und mit bunter Kante Serie II 95 f

## Madeira-Taschentücher 75 f

## Madeira-Taschentücher 115 f

## Madeira-Taschentücher 165 f

# S. Alsberg & Co.

## Kinematographen-Theater zur alten Post.

Hervorragende künstlerische Aufnahmen enthält das neue Programm.

### Graf Ugolino.

Ein realistisches Drama.  
Der Graf, das Haupt eines italienischen Geheimbundes, läßt einen Widerfacher meuchlings töten. Als der Erzbischof von Pisa davon erfährt, bebt er den dortigen Adel auf und Ugolino wird mit seinen Söhnen und Neffen in einen Turm gesperrt, wo alle eines fürchterlichen Hungertodes sterben.  
Als sehr effektvolles Schlussbild ist die Dantesche Vision „Der Hunger“ zu erwähnen.

### Buffalos Heldentaten.

Der Ueberfall einer in der amerikanischen Ueberlandpost reisen den Familie durch raubgierige Indianer wird von dem gefürchteten Buffalo-Bill gerächt, so daß keiner der Nothäute entkommt. Die Landschaften, in denen sich die Schreckensjungen abspielen, sind herrlich koloriert.

### Das Geheimnis des Gletschers.

Drama aus dem Hochgebirge. Ein Reisender engagiert einen Führer und stürzt durch einen Fehltritt von der höchsten Stelle ab. Der Führer wird von seinen Kollegen beschuldigt, das Unglück veranlaßt zu haben und erst, als ein alter Eremit den Verunglückten, und zwar im Besitz seiner Barmittel, auf findet, ist die Ehre des Verdächtigten wieder hergestellt.

### Die Waise von Messina.

Vegüterte junge Leute verlieren das einzige Töchterchen. In ihrem tiefen Schmerz vernehmen sie die Verstorbene noch einmal zu sehen und zu hören, wie sie die Eltern bittet, eine Waise aus dem gestörten Messina aufzunehmen. Die Gebeugten finden auch wirklich ein dorthier stammendes kleines Mädchen, das sie ins Herz und in den Arm aufnehmen.

### Herstellung des Papierteiches in Kanada.

Auf sehr interessante Weise veranschaulicht diese Aufnahme die Herstellung des Papiers aus den Baumrinden des amerikanischen Waldes.

### Der bestrafte Taugenichts.

Ein lustiger Vubenstreich, der seine lehrreiche Satire findet.

### Schmidt's seine Frau ist durchgebrannt.

Donbild, obiges Couplet der beliebten Berliner Soubrette Grete Gallus wiedergebend.

### Schafskopf als Ringkämpfer.

Auf einem Jahrmarkt erblickt ein kleines Mädchen einen Kraftkämpfer und wird dadurch so mutig, daß er mit jedermann anbindet, was ihm aber schlecht bekommt.

Nr. 99.

### Bielefelder

Zu Punkt 6, Gabe von elektrischer Direktor Brüg in den letzten Jahre, das einzelne eigene Anlagen zu e fische Prüfung unger stellen, ob wir in billigere Bedingungen das die Preise, die den, im Verhältnis sind, und das wir w entgegenzunehmen.

Unter Tarif ist für Abnehmer mit höchste Stufe aber, ist die von 10.000 bis die unterste Stufe, nahme von unter 100 zusammen einen ger Stufe. Der Ueberid Stufe, in der wir untersten 9,26 Proz Amortisation aufzu Abnehmern beinahe Es wird davon nehmer zu erhöhen, das das Wert in In den meisten be betrieben den Hand selben Maße einen trizität nur irgend Interesse des Wert wenn auch zu billig ficher nicht vermind wert, das möglichst Stadtv. So j m Tarifänderung einu Ausdruck geben, da gekommen würde, d durch Einführung l Direktor Brüg Sache so, daß es lo 10 Big-Tarif hat. wir statt 20.000 Ma anderen Städten ist Die Rentabilität w größer werden. Je weissen.

Der Antrag au nommen. Als 14. Punkt stel 65 Mk. auf Ausga mereirechnung A i blüh. Stadtrat ist l durch nötig geworde einander gepflanzt gegangen und hätt Aberdem sei die er Eine Anzahl Pflanz ten ersetzt werden. Stadtv. A u d b Anlage allgemeines Zukunft vorrichtiger parl, durch Anpla bedentlich. Er bes nicht genügend erz par Blumen ange mehr davon da. E die im Kreien zu wiesen würden, alle anzuhalten. Es wi das man beinahe schmüden.

25

Roman  
Autorisierte Ueberse

Alle die flugen wollen, alles, was sie gelebt, war du Sie vermochte zur Vorderungen der als das lie in Mädchen dadurch l unter den Stuhl so beobachtet wurden, und den gestreifter Ich mußte mich he Garten schleichen, w Jägerin wäre, S Anstatt die rei Guck mit einem A — ja hätte ich es v — und ich war es die Augen zu dem darauf hin, weder a noch damals — als liebst, noch da ich Nur du bist es a schiedenheit, unter Familie, meiner St ich gern bereit gew au vertauschen, wie glauben können, do Vergib mir, G vor ihr auf die Au die er ergreifen hatt in ihrem Schoß rub um zuzugaben, loga Herz einem Monne mit dem du dein V würden vielleicht n würde es nicht ert daß ich nach dir ge Aber du hast kei indem sie mit einer aufst. „Nein, S überwind, konnte führung, mit dem A diese Heimlichkeit, d glaube, mit dir

gewöhnlich  
e Preise!

nerstag,  
tag,  
abend.

hemden

265

kleider

290

hemden

475

decken

250

öcke

350

schlaf. Bett  
gestümt

275

Bettücher

365

75

115

165

ost.

Augenichts.

der seine lehrreiche Sühne  
det.

u ist durchgebrannt.

der beliebten Berliner  
allus wiedergebend.

Ringkämpfer.

echt ein kleines Männchen  
ed dadurch so mutig, daß  
et, was ihm aber schlecht  
mt.

# Beilage zur Volksmacht.

Nr. 99.

Bielefeld, Donnerstag, 29. April 1909.

20. Jahrg.

## Bielefelder Stadtverordnetenversammlung

vom Mittwoch, 28. April.

Zu Punkt 6, Genehmigung eines neuen Tarifs für die Abgabe von elektrischem Strom zu Straßenzwecken, führte Direktor Brügge mann aus: Die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, insbesondere die Beobachtung, daß einzelne große Abnehmer dazu übergegangen sind, eigene Anlagen zu errichten, haben uns veranlaßt, eine gründliche Prüfung unseres Tarifs vorzunehmen. Wir wollten feststellen, ob wir in der Lage sind, den größeren Abnehmern billigere Bedingungen zu gewähren. Die Prüfung hat ergeben, daß die Preise, die von den großen Abnehmern gefordert werden, im Verhältnis zu den von den kleinen gezahlten zu hoch sind, und daß wir wohl in der Lage sind, den großen Abnehmern entgegenzukommen.

Unser Tarif ist so eingerichtet, daß Stufen vorgegeben sind für Abnehmer mit einem Verbrauch bis zu 200 000 kwst. Die höchste Stufe aber, in der wir jetzt überhaupt Abnehmer haben, ist die von 10 000 bis 20 000 kwst.

Wir haben im ganzen 302 Abnehmer, davon kommen 195 auf die unterste Stufe, die wir vorgegeben haben, mit einer Abnahme von unter 1000 kwst im Jahre. Diese 195 Abnehmer haben zusammen einen geringeren Verbrauch, als die 5 in der obersten Stufe. Der Ueberreicht, der erzielt wird, beträgt in der obersten Stufe, in der wir noch Abnehmer haben, 11,8 Proz., in der untersten 9,26 Proz. Da wir etwa 8 1/2 Proz. für Zinsen und Amortisation aufzubringen haben, so haben wir bei den kleinen Abnehmern beinahe keinen Reingewinn.

Es wird davon abgesehen, den Tarif für die kleinen Abnehmer zu erhöhen, weil wir den Grundab aufgestellt haben, daß das Werk in erster Linie der Kleinindustrie dienen soll. In den meisten Fällen erzielt die Elektrizität in den Kleinbetrieben den Handbetrieb. Die großen haben nicht in demselben Maße einen Vorteil von dem Anschluß, weil da die Elektrizität nur irgend eine andere Triebkraft ersetzt. Es liegt im Interesse des Werkes, daß wir die großen Abnehmer haben, wenn auch zu billigen Preisen. Die Rentabilität wird dadurch nicht vermindert werden. Außerdem ist es wünschenswert, daß möglichst die Schornsteine aus der Stadt verschwinden.

Stadtver. Hoffmann: Wir sind selbstverständlich mit der Tarifänderung einverstanden. Ich möchte aber dem Wünsche Ausdruck geben, daß auch den kleinsten Abnehmern entgegenkommen würde, den Benutzern der elektrischen Straßenbahn, durch Einführung des 10 Pfg.-Tarifs.

Direktor Brügge mann: Bei der Straßenbahn liegt die Sache so, daß es kaum mehr einen Betrieb gibt, der noch den 10 Pfg.-Tarif hat. Hätten wir noch den alten Tarif, so hätten wir statt 20 000 Mark 60 000 Mark zuzuführen müssen. Auch in anderen Städten ist man jetzt von dem 10 Pfg.-Tarif abgegangen. Die Rentabilität wird bei einer Ermäßigung des Tarifs nicht größer werden. Ich bin gern bereit, das zahlenmäßig nachzuweisen.

Der Antrag auf Tarifänderung wird einstimmig angenommen.

Als 14. Punkt steht auf der Tagesordnung: Nachbewilligung von 65 Mk. auf Ausgabe-Titel IX 1 aus Titel XVIII 6 der Kammereinschätzung A für 1909 für die Anlagen auf dem Schiller-Platz.

Stadtver. Kistler begründet die Forderung, die leider dadurch nötig geworden ist, daß man drei Reihen Taxus hintereinander gepflanzt habe. Die Bäume seien nicht tief genug gegangen und hätten deshalb nicht genug Wasser bekommen. Außerdem sei die erste Reihe zu nahe an den Stein gekommen. Eine Anzahl Pflanzen seien infolgedessen eingegangen und mußten ersetzt werden.

Stadtver. Budeberg: Die Taxusgehölze hat bei der Anlage allgemeines Kopfschütteln erregt. Er hoffe, daß man in Zukunft vorlässiger sein werde. Die neue Anlage im Stadtpark, durch Anpflanzung von Rhododendren, scheint ihm sehr bedenklich. Er befürchte, daß das Bielefelder Publikum noch nicht genügend erzogen sei. Wir haben schon einmal im Stadtpark Blumen angepflanzt und nach 2 bis 3 Jahren war nichts mehr davon da. Es wäre gut, wenn die städtischen Beamten, die im Freien zu tun haben, nicht nur die Schulleute angewiesen würden, alle Leute, die die Vorgärten schädigen, streng anzupöbeln. Es wird aus den Vorgärten sehr viel gestohlen, so daß man beinahe die Lust verliert, diese noch weiter auszusähen.

## Maruja.

Roman von Francis Bret Harte.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Auguste Scheide.

Alle die klugen und vernünftigen Dinge, die sie hatte sagen wollen, alles, was ihr klarer Verstand und ihre Erfahrung sie gelehrt, war durch diesen Aufbruch zu ihren Lippen erstorben. Sie vermochte nur Wahrung ihrer weiblichen Würde und um den Anforderungen der Wohlergehenheit nachzukommen, nichts zu tun, als das sie — in der hoffnungslosen Bemühung, ihr kurzes Mädchen dadurch länger erscheinen zu lassen — die kleinen Füße unter den Stuhl zog und Geseht hat, sie nicht anzusehen.

„Ich mußte die Kleider mit Haquila tauschen, weil wir beobachtet wurden“, sagte sie, sich im Stuhle vorwärts beugend und den gestreiften Schal fester um die Schultern ziehend. „Ich mußte mich heimlich aus dem Hause stehlen und durch den Garten schleichen, wie eine Diebin. Wenn ich doch nur eine Diebin wäre, Henry, anstatt —“

Anstatt die reichste, stolze Erbin des Landes,“ fiel Henry Geseht mit einem Anfluge der alten Bitterkeit ein. „Wann reich? — fast hätte ich es vergessen.“

„Und ich war es gewiß nicht, die daran erinnerte“, sagte sie, die Augen zu dem jungen Manne erhebend. „Ich wies nicht darauf hin, weder an — an — an jenem Tage im Gewächshause, noch damals — als — du mir zum erstenmal sagtest, daß du mich liebtest, noch da ich einwilligte, hier mit dir zusammenzutreffen. Nur du bist es gewesen, Henry, welcher immer von der Verschwiegenheit, unserer Verhältnisse, von meinem Reichtum, meiner Familie, meiner Stellung in der Gesellschaft gesprochen hat, bis ich gern bereit gewesen wäre, diese Stellung — mit der Haquila zu vertauschen, wie ich die Kleider mit ihr tauschte, wenn ich hätte glauben können, daß dich das glücklich machte.“

„Verlaß mir, Geliebte“, rief der junge Mann, indem er sich vor ihr auf die Knie warf, und sich so tief über die kleine Hand, die er ergriffen hatte, niederbeugte, daß sein dunkler Kopf beinahe in ihrem Schoß ruhte. „Verlaß mir!“ Du bist zu stolz, Maruja, um zuzugeben, sogar nur vor dir selbst zuzugeben, daß du dein Herz einem Manne geschenkt, dem du deine Hand nicht reichen würdest, mit dem du dein Vermögen nicht teilen könntest. Aber andere würden vielleicht nicht so denken — und auch ich bin stolz und würde es nicht ertragen, wenn man ein Recht hätte, zu sagen, daß ich nach dir gestrebt, ehe ich deiner würdig war.“

„Aber du hast kein Recht, stolzer zu sein als ich“, rief Maruja, indem sie mit einem Anflug ihres alten geisterhaften Wesens antwortete. „Nein, Harry — lieber Harry — laß mich!“ rief sie schmerzhaft, konnte aber dennoch nicht hindern, daß sie, als sie fortfuhr, mit dem Kopfe an seiner Schulter lehnte. „Es ist nur diese Heimgleichheit, deren wir uns zu schämen haben, Harry. Ich glaube, mit dir könnte ich alles andere ertragen — aber alles

Stadtver. Kistler: Ich habe schon darauf hingewiesen, daß wir bestrebt sein werden, die Sachen so auszuführen, daß sie Bestand haben. Mit der Frage der Verhinderung der Anlagen haben wir uns auch schon beschäftigt, die Verwaltung hat geglaubt, dadurch, daß sie etwas größeres bietet, das Publikum zur Schonung erziehen zu können.

Bürgermeister Stapenhorst teilt mit, daß er die Absicht habe, an die Eingänge der Wälder Leute aufzustellen, die auf diejenigen aufpassen, die mit Zweigen aus dem Wald kommen, und eventuell die Namen feststellen.

Stadtver. Hoffmann: Ich kann das vollkommen unterschreiben, was der Stadtverordnete Budeberg ausgeführt hat, aber der Ton will mir nicht gefallen. Es sind alte Ueberlieferungen, die gepflegt werden, wenn Zweige an den Gut gesteckt werden. Aber die Leute haben dabei nicht das Bewußtsein, daß sie stehlen. Es muß darauf gesehen werden, daß mit der alten Tradition aufgeräumt wird, und daß keine Feste mehr stattfinden, bei denen ein jeder sich ein Stück Laub aneignet.

Der Antrag wird angenommen.

Unter Punkt 21 wird gefordert die Zustimmung für ein für die Stadtgärtnerei zu errichtendes Gewächshaus und Bewilligung der Kosten von 18 000 Mark aus Titel XVIII 6 der Kammereinschätzung A für 1909.

Stadtver. Kistler begründet die Notwendigkeit der Errichtung. Das Kulturhaus im Stadtgarten sei direkt banal und außerdem zu klein. Dann brauche man ein Kalthaus zur Ueberwinterung der Pflanzen, die jetzt an den verschiedensten Orten im Winter untergebracht werden müßten, was zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt habe.

Stadtver. Stellhorn: Die Duppelstraße mache zurzeit einen geradezu traurigen Eindruck. Es sind eine Reihe Bäume gefällt worden und nun stehen die Bäume in unregelmäßigen Zwischenräumen da. Er schlägt vor, Neuanpflanzungen vorzunehmen.

Stadtver. Kistler: Der Wald- und Parkausfluß entschließt sich mit Rücksicht auf die Stimmung des Publikums nur sehr ungern dazu, Bäume zu fällen. Er habe sich daher gesagt, man wolle zunächst nur die schadhaften Bäume beseitigen und sich dann einmal die Sache ansehen. Außerdem solle die Duppelstraße demnächst erweitert werden, und deshalb dürfte es sich empfehlen, vorläufig Neuanpflanzungen dort nicht vorzunehmen.

Die Mittel für das Gewächshaus werden bewilligt.

Unter Punkt 25 wird verlangt: Nachbewilligung von 3000 Mark für die Beschäftigung Arbeitsloser.

Stadtver. Kistler begründet die Forderung. Es wären noch 2800 Mark — nicht 3000 Mark — für das Ausschachten des Teichs an der Dornbergerstraße nötig. Die Ueberreichung des Voranschlags sei dadurch entstanden, daß sich die Bodenverhältnisse als viel ungünstiger erwiesen hätten, als man angenommen hätte. Sowie der Boden feucht wurde, sei die Erde so schön geworden, daß man sie nicht von der Schaufel herunterbekommen hätte, dann wäre auch bei strengstem Frost gearbeitet worden, um die Arbeitslosen zu beschäftigen, und schließlich sei die Arbeit auch dadurch verteuert worden, daß man sie eben durch die Arbeitslosen — ungeübte Arbeiter — habe verrichten lassen. Jetzt, wo nicht mehr genügend Arbeitslose vorhanden seien, habe man die Arbeiten dem Unternehmer Breig übertragen.

Der Antrag wird angenommen.

Unter Punkt 26 wird verlangt: Zustimmung zu der Erhöhung der Schulgebühren an den höheren Schulen.

Bürgermeister Stapenhorst: Die Gehaltsaufbesserung der Lehrer an den höheren Schulen wird die Mittel der Stadt erheblich in Anspruch nehmen. Die Stadt wird 35 000 Mark aufzubringen haben. Ich glaube, daß es billig ist, wenn man versucht, diesen Betrag auf die Schüler zu legen, die es tragen können. Es wird vorgeschlagen, das Schulgeld für die höheren Schulen, Gymnasien und Realgymnasien, Oberrealschule und höhere Mädterschule, von 130 auf 150 Mark zu erhöhen. Der Zuschlag für auswärtige Schüler soll von 20 auf 40 Mark erhöht und zwar soll er auch für die Schüler des Gymnasiums erhoben werden. Wir hatten bisher davon abgesehen, auch für die auswärtigen Schüler des Gymnasiums einen Zuschlag zu erheben, weil der Staat hier einen großen Zuschlag gewährt. Es scheint aber doch die Erhebung des Zuschlages auch hier gerechtfertigt, weil wir auch starke Zuschläge gewähren müssen.

Stadtver. Stellhorn tritt dafür ein, daß das Schulgeld für Gymnasien und Oberrealschule auf 160 statt auf 150 Mark erhöht wird.

Stadtver. Kierhoff glaubt, daß sich die Schulgebührena nicht werde durchführen lassen, weil nach einem Erlaß des Ministers bei staatlichen und vom Staat unterstützten Schulen nur in den drei oberen Klassen das Schulgeld auf 150 Mark erhöht werden dürfte, sonst aber über 150 Mark nicht hinausgehen dürfte. Es sei zu erwarten, daß die Erhöhung nicht befreit werde, und dann hätten wir den Fall, daß bei der Oberrealschule das Schulgeld höher sei als bei dem Gymnasium und dem Realgymnasium.

Bürgermeister Stapenhorst bittet, keine Differenzierung zwischen den Schulgebühren bei den höheren Mädterschulen und Knabenschulen eintreten zu lassen. Vorläufig seien die Kosten der Mädterschule geringer wie die der Knabenschule; das würde sich aber zumunehmen der ersten verzeichnen, weil man nach Durchführung der Mädterschulreform mehr akademisch gebildete Lehrkräfte anstellen müßte. Er glaubt nicht, daß man die Genehmigung zu einer Erhöhung des Schulgeldes bis über 150 Mark bekommen werde. Gegenüber bestehe die Aussicht, daß die Erhöhung des Schulgeldes bis auf 150 Mark vom Provinzialschulkollegium genehmigt werden würde.

Stadtver. Hoffmann: Ich bin auch nicht dafür, daß eine Differenzierung des Schulgeldes nach Klassen eingeführt wird. Aber es scheint mir eine Härte, daß derjenige Teil der Bevölkerung, der seine Kinder unter Opfern in die höheren Schulen schickt, durch eine einheitliche Erhöhung des Schulgeldes getroffen werden soll. Die Schulfrage ist sehr schwer. Der Idealzustand ist der, daß überhaupt kein Schulgeld erhoben wird, daß vielmehr die ganze Bevölkerung ihre Kinder in die allgemeine Schule schicken muß, und daß die befähigten Kinder in die höheren Schulen kommen. Die Allgemeinheit würde dann von der höheren Bildung viel mehr Nutzen haben, wie dies heute bei der Bildung durch die Klassenstufe der Fall ist. Dieser Zustand ist leider heute noch nicht durchzuführen. Aber doch besteht auch heute schon bei den minderbemittelten Schichten das Bestreben, ihre Kinder an den höheren Schulen teilnehmen zu lassen, bei denen der Zuschlag größer ist, wie bei der Volksschule. Die Allgemeinheit hat auch ein Interesse daran, daß wir Leute haben, die mit höherer Bildung ausgestattet sind, und daher hat sie auch ein Interesse daran, daß hier den höher gebildeten Lehrern der höheren Lehranstalten die Möglichkeit einer Existenz gegeben werde. Es wäre nun eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn das Schulgeld nicht in einem festen Satz, sondern nur in Prozentsätzen des Einkommens erhoben würde. Auch dieser relative Idealzustand dürfte heute nicht erreichbar sein. Aber es sollte doch bei dieser Gelegenheit versucht werden, ob nicht die Erhöhung des Schulgeldes über 130 Mark aufgebracht werden könnte durch Zuschläge, die nach dem Einkommen der Eltern bemessen werden. Das wäre allerdings nicht, ob das gesetzlich möglich ist. Ich beantrage zur Prüfung der Sache die ganze Angelegenheit an eine Kommission von 5 Mitgliedern zu überweisen.

Stadtver. Stellhorn zieht seinen Antrag zurück, tritt aber auch dafür ein, daß die Sache einer Kommission überwiesen wird.

Bürgermeister Stapenhorst: Wenn man ein einheitliches Schulgeld wolle, so müßte man die Hoffmannschen Vorschläge ablehnen, denn der Minister werde nicht mitemachen. Nur eine einzige Stadt, Hagen, hat bisher den Versuch gemacht, das Schulgeld nach dem Einkommen zu differenzieren. Ich weiß nicht, ob es gut ist, den Versuch der höheren Schulen durch Unbemittelte noch besonders zu fördern. Wenn man begabte Kinder hat, so hat man immer Gelegenheit, diese halb oder ganz schulgeldfrei gehen zu lassen, da bis zu 10 Prozent der Schüler der höheren Schulen vom Schulgeld befreit werden könnten. Das höhere Schulgeld ist es schließlich nicht. Für einen Jungen, dessen Eltern das Schulgeld nicht bezahlen können, ist es ein Unglück, wenn er eine höhere Schule besucht. Es ist deshalb zu empfehlen, daß der Versuch auf die Fälle beschränkt wird, wo wirkliche Begabung vorliegt.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Dafür stimmen außer den Sozialdemokraten die Stadtver. Didermann, Frankenstein und Kierhoff.

In die Kommission werden die Stadtver. Hoffmann, Kierhoff, Stellhorn, Bod und Didermann gewählt.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden den Anträgen des Magistrats gemäß erledigt.

Eine Petition der Anwohner der Schilderstraße um Ueberweisung ihrer Kinder in die Subbratschule wird der Schuldeputation zur wohlwollenden Verurteilung überwiesen.

noch fort, um nie wiederzusehen, oder ich muß dich mit mir nehmen. Erwidert nicht, Maruja, sondern höre mich zu Ende. Hast du den Mut, alles zu wagen? Willst du noch diese Nacht mit mir fliehen? Wir eilen dann zu dem Vater drüben in dem alten Wirtshaus und schließen einen Bund, den nur der Tod wieder zu lösen vermag. Wir können Aquita mit uns nehmen — es ist nicht allzu weit von hier — lehren, wenn wir den Segen der Kirche empfangen, zurück und werfen uns deiner Mutter zu Füßen. Sie kann uns dann nur noch beides aus dem Hause jagen — und wir lassen in diesem Falle den verfluchten Reichtum und alles Elend, das daran hängt, für immer dahinter.

Maruja erhob den Kopf, legte ihre beiden Hände auf seine Schultern und sah ihn mit ihres Vaters durchdringenden Augen an, als wolle sie auf dem Grunde seiner Seele lesen. „Bist du wahnsinnig, Harry?“ fragte sie. „Hast du Bedacht, was du mir vorschlägst? Reicht das: mich nicht in Verurteilung zu führen? Bitte, wende ein wenig darüber nach, Geliebter,“ fügte sie hinzu, indem sie ihre Hände von seinen Schultern gleiten ließ und ihn fast trampelnd an den Armen faßte.

So standen sich die beiden jungen Menschen einen Moment stumm gegenüber, während sich ihre Augen mit fast wildem Ausdruck in die seinen bohrten. Ein Schlag draußen an die Tür und ein unartikuliertes Aufschreien schredte sie empor.

Mit einer unwillkürlichen Bewegung schlang Harry Geseht seine Arme um das Mädchen.

„Es ist Bero!“ flüsterte Maruja, welche sofort ihre ganze Kraft und Entschlossenheit wiedergefunden hatte. „Er sucht dich, Harry! Fliehe, so schnell du kannst. Er ist wahnsinnig und in voller Wut. Er hat uns in der letzten Zeit fortwährend überwacht — hat uns nachgespürt bis hierher. Du darfst ihm nicht begegnen; doch die andere Tür, welche nach der Canaba führt, bietet einen Weg zur Nacht. Fliehe, Liebling — wenn du mich lieb hast, so fliehe schnell.“

„Um dich meiner Wut zu überlassen! Nein, Maruja! Fliehe du durch jene Tür, verriegle sie hinter dir und rufe die Dienerschaft zu Hilfe. Ich werde diese Tür öffnen, ihn hier einschließen und mich dann davonmachen. Sorge dich nicht um mich — es hat keine Gefahr — und wenn ich mich nicht täusche, hat er gar nicht die Absicht, mich anzugreifen,“ setzte er plötzlich mit verändertem Tone hinzu.

„Aber vielleicht hat er bereits das ganze Haus zusammenge-  
rufen. Fort!“

Draußen wurde ein Geräusch, wie wenn zwei Männer miteinander kämpften, hörbar, und nach einer Weile klang die Stimme Kapitän Carrolls klar und mit vollkommen ruhigem Tone herein.

„Sie sind in Sicherheit, Miß Saltontall. Ich glaube, ich habe ihn fest; aber vielleicht ist es doch besser, daß Sie die Türe nicht öffnen, bis weitere Hilfe herbeigekommen ist.“

# Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

20. Sitzung vom Mittwoch, den 28. April, 2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsitz: Dr. Nieberding.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bau- und Baugewerkschaften, beginnend bei dem von der Kommission zugewiesenen ersten Abschnitt: Allgemeine Sicherungsmaßnahmen.

Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Str.): Der Gesetzentwurf erfüllt nicht alle Wünsche der Bauhandwerker. Einschränkung war aber notwendig, damit durch Einschränkung der Bauhandwerker die Bauhandwerker nicht geschädigt werden. Es ist zu begrüßen, daß die Kommission auch die Abreiß- und Erbschaften einbezogen hat. Neu geschaffen von der Kommission sind die Baugewerkschaften, die auch bei Streitigkeiten als Einigungsbehörden dienen sollen. Wir hoffen, daß das Gesetz sich in der Praxis bewähren wird.

Abg. Pauli-Boisdam (Konf.): Ich unterschreibe alles, was der Vorredner gesagt hat. Die Bauhandwerker sind mit ganz geringen Ausnahmen von dem Gesetz vollständig befreit.

Abg. Lind (natl.): Die Regelung der Materie ist sehr schwierig. Ich hoffe, die Regierung wird anerkennen, daß der Entwurf aus der Kommission nicht nur in vermehrter, sondern auch in verbesserter Vorlage vorgegangen ist. Die Kommission hat die Verpflichtung zur Führung eines Baubuches eingefügt. Es ist nicht zu leugnen, daß vielleicht eine Erhöhung des Bauens die Folge des Gesetzes sein wird. Das wird aber durch die Verminderung des Risikos und den erhöhten Schutz der Handwerker wettgemacht. Zweifellos ist das Gesetz nicht überall ein Bedürfnis. Zum Beispiel nicht in mittleren und kleinen Städten. Deshalb hat der Entwurf das Richtige mit der Bestimmung getroffen, daß die Gemeinden, in denen die Sicherung der Bauhandwerker stattfinden soll, durch landesherrliche Verordnung bestimmt werden. Eine weitestgehende Verbesserung ist es auch, daß eine Baupolizei für Lohnrückstände von Bauarbeitern bis zur Höhe des auf zwei Wochen entfallenden Lohnes den Vorrang vor den übrigen Bauordnungen hat. Dieser sozialen Bestimmung stimmen wir zu. Wir lehnen aber die Forderung der Sozialdemokraten ab, daß unter den Baugewerkschaften mindestens ein Arbeiter sein muß.

Abg. Dove (Fr. Ka.): Die Kritik, die ich in der ersten Lesung an dem Entwurf übte, sollte ihn nicht unterminieren, sie entspringt vielmehr dem Gefühl, daß die Sicherheit des Hypothekenwesens ins Schwanken kommt, wenn eine bestimmte Hypothek einen besonderen Vorrang erhält. Die Bestimmung über die landesherrliche Verordnung bedeutet die Möglichkeit der Verhängung des zivilrechtlichen Belagerungszustandes. Wir stimmen dem Gesetz zu, hoffen aber, daß es sich nicht als ein Dankschreiben erweisen wird. (Beifall bei den Freil.)

Abg. Bömelburg (Soz.): Der Abg. Pauli hat besonders hervorgehoben, daß man in den Kreisen der Handwerker sich allgemein mit dem Gesetz freue. Ich glaube es nicht, daß das den Tatsachen entspricht. Nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse der Kommission haben sich große Unternehmervereine gegen den zweiten Teil des Gesetzes erklärt. Ich nenne nur den Arbeitgeberbund für das Baugewerbe von Groß-Berlin. Ebenso den Arbeitgeberbund für Mitteldeutschland, und auch in Süddeutschland sind Stimmen laut geworden. Man fürchtet, daß den Bauhandwerkern, namentlich den kleinen, nur Illusionen auferlegt werden und das gesamte Bauhandwerk Schädigung erleidet. In den Kreisen der kleinen Handwerker ist für ein geistliches Eingreifen nicht mehr die Sympathie vorhanden, wie in den neunziger Jahren. Schließlich ist auch der Bauhandwerk heute nicht mehr so schlimm, wie er in den achtziger und neunziger Jahren war. Unter diesen Umständen müßte man eigentlich zu dem Schluß gelangen, es sei besser, den zweiten Teil des Gesetzes abzulehnen. Doch wäre das nach Ansicht meiner Freunde ein Fehler. Noch immer gibt es Mißstände und wir brauchen auch ein Gesetz, um für die Zukunft vorbeugend zu wirken. In ihrem ersten Teil ist die Vorlage hierzu wie geschaffen. Die Bestimmung über die Verwendung des Baugeldes, der Buchführungswang werden ihre Wirkung angesichts der hohen Strafen nicht verfehlen. Für den ersten Teil des Gesetzes sind denn auch alle interessierten Kreise. Der zweite Teil hat durch die Kommissionsbeschlüsse erhebliche Verbesserungen erfahren. Zu diesen zähle ich auch die Einführung der Baugewerkschaften, die Verringerung der Sicherheitshypothek und den Vorrang, den auf Wunsch meiner Freunde die Lohnforderungen der Bauarbeiter erhalten sollen.

Nach der Vorlage muß ja durch landesherrliche Verordnung bestimmt werden, wo der zweite Teil eingeführt werden soll. Wenn wir keinen Antrag auf allgemeine Einführung stellen, so deshalb, weil die Wirkung des Gesetzes noch nicht im entferntesten abzuschätzen ist. Man befürchtet in Unternehmerkreisen eine Verteuerung des Bauens und dieser Nachteil würde auch weite Bevölkerungskreise treffen, er könnte sich in Orten mit so starkem Bevölkerungszuwachs leicht zur Wohnungsnot steigern. Wir meinen deshalb, man könnte zunächst ruhig abwarten, welche Wirkung der erste Teil des Gesetzes ist. Nach der Regierungsvorlage sollte ein Viertel der voraussichtlichen Baukosten hinterlegt werden. Die Kommission hat das auf ein Drittel erhöht. Ich halte diese Verringerung für sehr bedenklich. Es ist überhaupt fraglich, ob die Sicherheitsleistung nicht den Schutz derjenigen, die man schützen will, beseitigt. In keinem Punkte ist das Gesetz leichter zu umgehen als in diesem. Es handelt sich um hohe Beträge, oft von vielen Hunderttausend Mark. Das wird dazu führen, daß nur sehr kapitalstarke Unternehmer in Frage kommen. Auch würde das Generalunternehmertum durch das Gesetz gefördert werden. Die einzelner Handwerker würden die Aufträge nicht mehr unmittelbar erhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Generalunternehmer wird aber trotzdem wahrscheinlich auch die kleinen Handwerker zur Sicherheitsleistung heranziehen, welchen er keine Aufträge erteilt. Wenigstens hat mir das ein im Baugewerbe stehender Unternehmer versichert. (Sört. hört! bei den Soz.)

Über schließlich wenn die Handwerker meinen, ihre Interessen seien durch die Bestimmungen über die Sicherheitsleistung gefördert, so haben wir keine Veranlassung, dagegen aufzutreten. Noch ein Wort zu unseren Anträgen. Wir wünschen, daß unter den Baugewerkschaften ein Arbeiter sein soll. Die bisherigen Redner haben sich gegen diesen Antrag erklärt. Das Gesetz wird ja nur in großen Interessengebieten, z. B. in Berlin und Vororten zur Anwendung kommen. Dort wird nicht die Mindestzahl von vier Baugewerkschaften in Frage kommen, sondern da

Die beiden drinnen saßen einander an, ohne ein Wort zu sprechen. Ein grimmiges Lächeln spielte um Gustav's Lippen. Maria erhob ihre beiden Hände zu seinem Nacken und umschlang ihn etwas widerstrebend.

„Hörst du, Geliebter,“ sagte sie so sanft und ruhig, als umfange sie die ungestörte Sicherheit. „Du verlangst eben von mir, ich sollte mit dir fliehen — sollte mich heimlich und ohne die Einwilligung meiner Familie mit dir trauen lassen — dich gegen den Einbruch meiner Freunde noch diese Nacht heiraten! Ich dachte, Harry, denn ich war erschrocken und töricht. Jetzt aber sage ich dir, daß ich dich heiraten werde, wann und wo du willst — denn ich liebe dich, Harry — nur dich allein.“

„Dann laß uns sogleich gehen,“ erwiderte er, indem er sie leidenschaftlich umfaßte. „Wir können die Straße durch die Canada erreichen, ehe wir entdeckt sind. Komm!“

„Und du wirst dich in all den Jahren, die vor uns liegen, immer erinnern, Harry, daß ich dich und nur dich geliebt habe?“ fuhr sie fort, während sie ihn noch immer umschlungen hielt. „Du wirst dich immer erinnern, daß ich, ehe ich dich kennen lernte, nicht gewußt habe, was Liebe ist — daß ich, seit ich dich liebe — an keinen anderen gedacht habe. Wirst du das, Harry?“

„Ich will und werde es — aber jetzt —“  
„Und jetzt,“ sagte sie mit einer stolzen Gebärde nach der Tür zeigend, vor der Carroll stand: „Jetzt öffne die Tür!“  
(Schluß folgt.)

werden auch 14 noch nicht genügen. Deshalb ist es nur billig, daß ein Bauarbeiter dabei sein soll. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Nach dem Kommissionsentwurf soll vor Erteilung der landesherrlichen Genehmigung die Handwerkskammer gehört werden. Ein freilichiger Antrag verlangt, daß auch die im Bezirk bestehende Handelskammer gehört werden soll. Da ist es doch selbstverständlich, daß auch, wie wir beantragt haben, die Arbeiterinteressenvertretung gehört wird, zumal wichtige Interessen der Arbeiter in Frage stehen. Als diese Vertretung seien wir in erster Linie die Arbeitskammer an, wenn der Arbeitskammerentwurf Gesetz wird.

Ich bitte Sie, auch diesem unserem Antrage zuzustimmen und im übrigen wünsche ich mit meinen Herren Vorrednern, daß wir nach Jahren von dem Gesetze gegenwärtig, es habe eine gute Wirkung ausgeübt. Bravo! bei den Soz.

Abg. Dr. Mugdan (Fr. Vp.): Der Mittelstand, dem geholfen werden soll, kann durch das Gesetz leicht geschädigt werden. Die Handwerker könnten leicht zugunsten des Großkapitals zurückgedrängt werden, da so § 4 gestrichelt, daß jemand, der ein bestimmtes Kapital hinterlegt, sich allen Belästigungen des Gesetzes entzieht. Die Zustimmung zu dem Gesetze wird meinen Freunden dadurch erleichtert, daß der zweite Teil nur durch landesherrliche Genehmigung in Kraft treten kann. Dem sozialdemokratischen Antrag, einen Arbeiter zu den Baugewerkschaften zuziehen, kann ich nicht zustimmen. Im ganzen halten wir das Gesetz für förderlich und stimmen ihm zu. (Bravo! bei den Freil.)

Abg. Benda (Pol.): Meine Freunde stimmen dem Gesetz zu. Wir haben aber Bedenken bezüglich der ausführenden Organe und Verfahren.

Abg. Wieleand (D. Vp.): Ich tritt für die Vorlage ein, die gewissenlosen Bauunternehmern endlich das Handwerk lege. Damit schließt die Generaldebatte. Der erste Abschnitt des Gesetzes (allgemeine Sicherheitsmaßnahmen) wird debattiert angenommen. Zum zweiten Abschnitt liegen die Anträge der Freil. (Ankündigung der Handelskammer vor Erlass der landesherrlichen Verordnung) und der Sozialdemokraten (Ankündigung der geistlichen Arbeitervertretung) vor.

Abg. Dr. Frank (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Unter Antrag ist nur eine Forderung der Gerechtigkeit und es ist lediglich eine Frage des guten Willens, daß den Arbeitern gegeben wird, was ihnen zukommt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Die Anträge der Freil. und Sozialdemokraten werden angenommen. Der Rest des Abschnittes wird unbedeutend genehmigt. Bei den Bestimmungen über das Baugewerkschaftenamt beantragen die Sozialdemokraten, daß einer der Baugewerkschaften ein Bauarbeiter sein soll.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Das Baugewerkschaftenamt wird in vielen Fällen eine vermittelnde Tätigkeit entfalten müssen. Es wäre gut, wenn immer ein Bauarbeiter dabei ist. Er wird es besser verstehen, als ein Bauunternehmer, im Sinne einer gütlichen Beilegung auf, seine Kollegen einzuwirken.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Bei dem Paragrafen, welcher bestimmt, daß durch landesherrliche Verordnung die Bestimmungen des Gesetzes über das Baugewerkschaftenamt abgeändert werden können, begründet

Abg. Dr. Frank (Soz.) den Antrag der Sozialdemokraten, den Paragrafen zu streichen. Eine derartige Bestimmung sei zu allgemein. Sie ist geradezu einseitig basierend in unserer Gesetzgebung.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt, ebenso ihr weiterer Antrag, die Bestimmung zu streichen, wonach durch landesherrliche Verordnung die Bestimmungen des Baugewerkschaftenamts einer anderen Behörde, einem Beamten oder Notar übertragen werden können.

Der Rest des Gesetzes wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die zollmäßige Verwendung von Malz und Gerste, die zu einem niedrigeren Zollfuß als Futtergerste eingeführt worden sind und zu Brauwedern nicht verwendet werden dürfen.

Abg. Speck (Str.): Die Vorlage wird den Gerstenhandel wieder auf reelle Grundlage stellen und ist deshalb mit Freuden zu begrüßen.

Staatssekretär im Reichsschatzamt Sydow: Die Klagen über die zollmäßige Verwendung der zu Futtergerste eingeführten Gerste sind zwar vielfach übertrieben. Da aber ein Anreiz dazu vorhanden ist, haben die verbündeten Regierungen den Wünschen des Hauses entsprechend diesen Entwurf eingebracht.

Abg. Graf Kanitz (Konf.): Hoffentlich werden die hohen Steuern wirksam sein und die Deiraudation verhindern.

Abg. Reuner (natl.) begrüßt den Entwurf ebenfalls. Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abg. Karsten (Fr. Vp.), Vogt-Hall (Wirtsch. Vg.), Hilpert (Papier. Bauernbund) wird der Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) betr. Arbeiterpensionen von Arbeitgebern.)  
Schluß 7 Uhr.

## Parteinachrichten.

Geistlicher Terrorismus. Der Fall Bregel in Geislingen (Württemberg) entwickelt sich immer mehr zu einem Schulbeispiel für die terroristische Art und Weise, in der katholische Geistliche ihren Einfluß auf Kranke und Sterbende auszuüben pflegen.

Unter Genosse Bregel übergab, wie jetzt festgestellt worden ist, im Januar 1908, ehe er sich einer gefährlichen Operation zu unterziehen hatte, dem Geistlicher Feuerbestattungsverein eine Willenserklärung, daß seine Leiche den Flammen übergeben werden solle. Die Operation überstand er aber gut.

Am 16. April 1909, morgens um 10 Uhr, brach er dann auf der Arbeitsstätte infolge einer Lähmung des Unterleibes zusammen. Beim Hinabtragen sagte er noch zu seinen Arbeitskollegen: „Sorgt dafür, daß mein Körper verbrannt wird; ich fühle, es geht um Leben.“ Mittags fand sich dann der Stadtpfarrer Bregel in seiner Wohnung ein. Bregel wies ihn aber ab und dieser mußte unverständiger Dinge wieder abgehen. Doch noch am gleichen Tage, nachts zwischen 10 und 11 Uhr, war der Stadtpfarrer wieder da und jetzt kam das ominöse Schriftstück zustande, das folgenden Inhalt hatte: „Hiermit erkläre ich — meiner Erklärung wohl bewußt — meinen Austritt aus dem Feuerbestattungs- bzw. Leichenverbrennungsverein und aus dem sozialdemokratischen Verein. R. Bregel.“

Welch eine merkwürdige Befehlsform ist hier doch dem Stadtpfarrer Bregel gelungen! Am 19. April befand sich dann Bregel im Krankenhaus, wo ihn Genosse Bregel mit noch zwei Freunden besuchte. Infolge der bereits zirkulierenden Gerüchte fragte ihn Bregel, wo er seine Willenserklärung für die Feuerbestattung habe. Darauf antwortete Bregel: „Die liegt beim Vorstand Banzhaf, da habe ich meinen letzten Willen niedergeschrieben. Ich muß sterben; ich will verbrannt werden.“ Bregel fragte weiter: „Nur, es geht das Gerücht, du hättest geäußert und seihest aus dem Feuerbestattungsverein ausgetreten?“ Hierauf antwortete Bregel klar und unzweideutig: „Das ist nicht wahr! Ich weiß nichts davon. Sollte ich dennoch etwas gemacht oder niedergeschrieben haben, dann war ich nicht bei Verstand.“ Mit Wissen habe ich nichts gemacht.“ Nachher verabredeten sich die Freunde von dem Parteigenossen, der tags darauf starb. Als der Feuerbestattungsverein auf Grund der Willenserklärung die Leiche rekrutierte, kam die ganze Intrigue zum Vorschein. Der Stadtpfarrer Bregel sandte dem Vorstande des Vereins eine Abschrift der oben mitgeteilten Erklärung mit den Begleitworten: „In der Beilage lege ich eine Abschrift des Schriftstückes vor, welches Herr Bregel am Freitag vor mir in Gegenwart seiner Frau unterschrieben hat und wobei ich ihm, ebenfalls in Gegenwart seiner Frau, erklärt habe, daß er damit seine frühere Erklärung bezüglich Feuerbestattung seiner Leiche widerrufe. Auf Grund dieser Erklärung beharre ich auf der Verordung des Verstorbenen usw.“ — Hieraus geht

deutlich hervor, daß der „Widerruf“ nicht ein Bestandteil der Bregelschen Erklärung selbst ist, sondern von Bischer derselben erst eigenmächtig angefügt wurde.

In einem weiteren längeren Schreiben an den Genossen Bregel gibt Bischer dann selbst zu, daß er den Sterbenden außerdem zum Austritt aus dem sozialdemokratischen Verein veranlaßt habe. Die Begleitumstände des ganzen Falles zeigen das Verhalten des Bischer in das rechte Licht. Es ist erwieien, daß er sich, vielleicht durch Familienangehörige veranlaßt, einem Manne aufdrängte, der ihn selbst abgewiesen hat. Es ist erwieien, daß er einem Manne, den er, wie er im Schreiben an Bregel angibt, selbst nie für einen Kirchenfeind gehalten hat, die kirchlichen Gnadenmittel erst dann gewährte, als er die Erklärung des Austritts aus den beiden Vereinen in Händen hatte. Es ist erwieien, daß der Sterbende 3 Tage nach der Unterzeichnung dieser in der Gemeinde zustande gekommenen Erklärung seinen Freunden betete, nichts von ihm zu wissen und auf seinem alten Standpunkte zu stehen.

Aus alledem ergibt sich, daß hier ein unerhörter Gewissenszwang verübt worden ist.

## Gewerkschaftsbewegung.

Schwarze Listen. Ungeniert um Recht und Gesetz treiben die Unternehmer ihr Unwesen mit den schwarzen Listen. So verfaßten auch die Bauunternehmer in Coswig (Anhalt) an ihre Kollegen eine Liste mit 89 Namen von ausländischen Bauhandwerkern mit der Bitte, diese Geistes nicht in Arbeit zu stellen. Daß in diesem Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterkraft die Polizeigewalt den ersten zur Verfügung stehen, bedarf keiner besonderen Erwähnung. So auch, als vor einigen Tagen ein Trupp Arbeitswilliger in Coswig eintraf. Den Ausständigen gelang es trotzdem, die Mehrzahl der Zugereisten von dem Streik in Kenntnis zu setzen und zur Abreise zu bewegen. Zugewisse man vermeiden.

## Industrie, Handel und Verkehr.

Ki Die neuen Anleihen. Nach langen Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern und der Bankwelt sind am Freitag die neuen Reichs- und preussischen Anleihen abgeschlossen worden. Insgesamt wird die Ausgabe von 800 Millionen Mark neuer Anleihen erfolgen, und zwar entfallen auf das Reich 320 Millionen, auf Preußen 480 Millionen Mark. Unstimmigkeiten, wie der schon Ausdruck lautet, bestanden zwischen den Banken und der Regierung über den Zinssatz der neuen Anleihe. Die Banken wünschten aus erklärlichen Gründen 4prozentige Anleihen, während die Vertreter der Regierung die Ausgabe 3½prozentiger Anleihen angestrichelt haben sollten.

Die nun getroffenen Vereinbarungen werden als ein Kompromiß angesehen, es werden beide Anleihen je zur Hälfte mit 3½prozentigem und 4prozentigem Zinssatz ausgestattet. Die Zeichnungen werden am 3. Mai erfolgen, und zwar für die 3½prozentigen Anleihen zum Kurse von 95,60 Prozent, die 4prozentigen zum Kurse von 102,70 Prozent. Dem Bankkonsortium, das die Anleihen übernimmt, ist für die 3½prozentigen ein Kurs von 94,80 Prozent und für die 4prozentigen ein Kurs von 102 Prozent bewilligt worden. Diese Bedingungen, zu denen das Reich und Preußen sich verstanden, werden am treffendsten und schärfsten durch die Tatsache gekennzeichnet, daß vor wenigen Tagen Italien eine Eisenbahnleihe bei einem Zinssatz von 3½ Prozent zu 102 Prozent abgeschlossen hat. Die Regierungsvertreter sollen den 3½prozentigen Anleihe-Typus mit dem Hinweis auf diese italienische Anleihe und die außerordentlich günstige Lage des Geldmarktes gefordert haben. Daß sie sich den Banken fügten, der „goldene Mittelweg“, der zur Verständigung führte, ist Hamburg, war nach den Vorgängen bei den Anleiheabschlüssen im Vorjahre zu erwarten, die Banken haben ihren Willen durchgesetzt. Wenn die Finanzverwaltung des Reiches und Preußens die ihnen diktierten Anleihebedingungen angenommen haben, während der Reichskanzler Sparmaßnahmen predigt und Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt werden, um die konservativen Parteien zur Annahme einer Erbschaftsteuer zu bewegen, die 100 Millionen einbringen soll, dann bedarf es keines Beweises mehr, daß die Regierung auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege dem Großkapital eine Bloßbezahlung zukommen lassen wollte. Preußen hat einmal den Weg gezeigt, auf dem die Regierungen zur Unterbrechung ihrer Anleihen hätten schreiten können, ohne die fragwürdige Unterbrechung der Großbanken gegen teuren Preis in Anspruch zu nehmen. Es wäre nur notwendig gewesen, an das Publikum unter Anschuldigung der Banken direkt heranzutreten. Wenn die Regierung damit auch nur gedroht hätte, würden die Banken sich wohl zu annehmbaren Bedingungen verstanden haben. Die Regierungsmagen wegen das notwendige Bankenaufsichtsamts und ein Depotfahrscheingebiet nicht zu schaffen, weil solche Einrichtungen den Großbanken unerwünscht sind, die Großbanken werden auch sonst von den Regierungen durch allerlei Lebenswidrigkeiten und Dienste gehindert, die Revanche der Banken äußert sich dann dafür in Anleihebedingungen, die kein anderer europäischer Großstaat, abgesehen von dem bankrotten Rußland, sich zumuten lassen würde. Italien bekommt eine 3½prozentige Anleihe zu 102 Prozent, Deutschland kann 3½prozentige Anleihen nur zu 95,60 Prozent herausbringen!

## Gerichtliches.

Prozeß Friedberg. Berlin, 27. April. Im Prozeß gegen den Bankier Siegmund Friedberg und Genossen begannen heute die Plaidoyers. Der Staatsanwalt hielt die Anklagen in vollem Umfange aufrecht und beantragte gegen Friedberg wegen Verletzung des Aktiengesetzes, Börsengesetzes, Depotgesetzes, Betrugs, Untreue, Unterschlagung und Bilanzverschleierung eine Gesamtstrafe von drei Jahren Gefängnis, 30.000 Mk. Geldstrafe eventuell für je 15 Mk. einen weiteren Tag Gefängnis, 5 Jahre Betrugsverlust und sofortige Verhaftung; gegen von wegen Betrugs, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Beihilfe zur Untreue, zur Verletzung des Aktiengesetzes, Börsengesetzes und Depotgesetzes und zur Bilanzverschleierung 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, 6000 Mark Geldstrafe eventuell entsprechende Gefängnisstrafe und sofortige Verhaftung. Das Urteil wird am Sonnabend gesprochen. Der Verteidiger Friedberg, Rechtsanwalt Dr. Wertheimer, protestierte gegen den Antrag des Staatsanwalts auf sofortige Verhaftung des Angeklagten Friedberg, da dem Angeklagten freies Geleit zugesichert worden sei. Der Staatsanwalt erwiderte, daß Friedberg bereits polizeilich nach Hamburg abgemeldet sei, daß Friedberg erklärte diese Auskunft für unrichtig. Der Staatsanwalt erklärte sich daraufhin bereit, seinen Antrag dahin abzuändern, daß das freie Geleit bis nach der Urteilsfällung bestehen lassen solle, erucht aber den Angeklagten, bis dahin in Berlin zu bleiben, was Friedberg zusicherte. Darauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Ein Mörder als Mörder. Meisse, 27. April. Das Schwurgericht verurteilte den Drehschloßmacher Johann Mann wegen Mordes zum Tode. Mann, der vollständig erblindet ist, hatte am Abend des 27. Januar im Gemeindefaule in Schmiltz seinen jahelnden Großvater, den 81jährigen Drehschloßmacher Anton Heine, durch Beilohbe auf den Kopf gestößt. Der Entschloß hatte die Tat verübt, weil er glaubte, daß sein Großvater ihn beim Anlauf einer Drehschloß betrogen habe.

Wegen Beihilfe zum Selbstmord verurteilt. Rotterdam, 28. April. Wegen Beihilfe bei der Verübung eines Selbstmordes hat gestern das hies. Gericht einen Steuermann aus Schoonhoven zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte nämlich einer Frau eine Petroleumlampe und eine Schachtel Streichhölzer gereicht, damit sie sich selbst in Brand steckte.

Milbes Urteil des in Ansbach fortgeführter Militärtruppen in einem Strohhau. Ein Fuß wurde handlung wurde Soldaten in der Vertreter der M. Gericht erkannte

Die Mainn Titelbild eine i der die aufgeben der Freiheitssg. Schlupfwinkel gegen" ist dem Illustrationen n. Red", Was u. Träume in der handlung", Schaler Nummer" liberalen" und lichen Teil der Endberling, M. lieb", Die G. Di. Geistes Sparmethoden Endberling und beim farbigen Nummer ist 10

Verpflichtung. burger Bart, abrechnung von Salz 65 Proz. erfolgte, konnte Selbstmord hier drei Selbst der ertränkte wirtschaftlicher Hermann Gr. suchte das Dien den in der St

Verwaltungen. In einem Wag. Stahlfabrik vergrößerte sich Unhold irang unertont.

Verbrecherliche Verbrechen. Tegel zu best. sich bis nach der wiederholt auf wurde selbst d

Liebestragöie. In einem W. schließenden St. gebundene Leid. Toten wurden die 35jährige Liebesgram und des traurigen

Die Familie. strafe in Rix stellt sich näm. Renbant der schlagungen be. Nerdant seine verstand, noch 60.000 Mk.

Feuersbrun. Thiemendor. kurzer Zeit 1. land dabei der. zurückzuführen

Grubeneu. Grube rih das. walt in den wurde geistet.

Zusammen. 27. April. St. Straßenbahn. lekt wurde. er brach dabei. werden.

Wurfverga. find 160 Sold. trakt, wahr

Von der 2. halle bei Fre. unharres M. Aufsicht des. und 12 Man. von Berlin n

Drahtlofe. Station für r. wie die W. nach der vor. tige Nachrich. mittelt.

Feuersbrun. ist in den hie. graphenreim. Magazine. material auch. gerettet werde. von Apparate. auf mehr als. urliche des U. Brandstiftun

Verurteilung. 5 Personen. brunt verur. zu Leide. von. Verurteilung. Sparaffe. Der Direktor. Verurteilung. mo. wird hier. Ort und St. die Brandst. rere Verur. ichentlich sei. Durch G. 28. April. am vergange. samt neun P

e, 27. April. Das Schw  
stehende Johann Mann wege  
erkrankt erblindet ist, hat  
in der hause in Schmitz je  
14-jährigen Drehereispieler  
im Kopf getödtet. Der Unf  
glaubte, daß sein Großvater  
betrogen habe.

verurtheilt. Rotterdam  
eröffnung eines Selbstmorde  
neuer Mann aus Schoonhove  
e. Er hatte nämlich eine  
eine Schachtel Streichhölzer  
und steckte.

am vergangenen Sonntag während des Hochamtes sind in  
samt neun Personen getötet und 31 schwer verletzt worden.

abzugeben. Herrn. Detert. (24)

67\* Unterstützung meines jungen Unter-  
nehmens. Willy Södicke, Friseur,  
vormals Filiale des Herrn Dullinger.

# Braune Schuhe! Moderne Schuhe!

**Billiges Angebot!**

**Braune Kinderstiefel** Ziegenleder, breite Form, Grösse 20/22 2.45, 23/24 2.95, 25/26 **3<sup>65</sup>**

**Braune Kinderstiefel** echt Chevreaux, breite Normalform, Gelegenheitskauf Grösse 27/30 5.25, 31/35 **5<sup>75</sup>**

**Braune Damenstiefel** mit und ohne Lackkappe, echt Chevreaux, Gelegenheitskauf **8<sup>75</sup>**

**Braune Damenstiefel** echt Chevreaux, in schlanker französischer und breiter Amerikaner-Form. **10<sup>50</sup>**

**Braune Damenstiefel** in den feinsten Ausführungen, dem verwöhntesten Geschmacke Rechnung tragend 16.50, 14.50, **12<sup>50</sup>**

**Braune Halbschuhe** echt Chevreaux, Streng moderne Ausführung, breite Schleifen, 10,50 **8<sup>50</sup>**

**Braune Herrenstiefel** echt Chevreaux, Gelegenheitskauf **10<sup>50</sup>**

**Braune Herrenstiefel** die vornehmsten Marken, die besten und beliebtesten Formen, 18.50, 15.50, **12<sup>50</sup>**

**Hesse & Co., Bielefeld,**  
Rathausstrasse 1.

## D. M. - V.

Verwaltung Bielefeld.

Das Bureau und die Bibliothek sind am **Sonnabend, den 1. Mai, geschlossen.**

Die Kranken- u. Arbeitslosenunterstützung wird am **Freitag** ausbezahlt.

Mitglieder, welche über 1 Woche arbeitslos sind und sich am Morgenausflug nach **Schröder**, Brackwebe, beteiligen, erhalten daselbst 1 **RM.** Extrazuschuss. Als Legitimation gilt der Kontrollschein, bei Ausgesetzten das Mitgliedsbuch.

**Die Ortsverwaltung.**

**Fachverein Bielefelder Wäsche-Zuschneider.**

## Vortrag

am **Freitag, den 7. Mai, abends 9 Uhr**, im Lokale **Lindenhof.**

Thema:

**Wie können die Zuschneider am besten ihre Interessen wahren.**

Hierdurch Einladung sämtlicher Wäsche-Zuschneider.

2481] **Der Vorstand.**

**Ansichts-Postkarten**

in künstlerischer Ausführung und reichhaltigster Auswahl.

**Buchhandlung „Volkswacht“.**

**Frauen!** Berücksichtigt bei Eueren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“.

## Rheda. Maifeier. Rheda.

Sonnabend, den 1. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

im Lokale des Herrn August Kipp.

1. Vortrag des Genossen **Schädlich-Bielefeld** über: **Die Bedeutung des 1. Mai.**

2. Gefangliche Darbietungen des Arbeiter-Gesangsvereins. Arbeiter und Arbeiterinnen! Sorgt für einen glänzenden Besuch des Maifestes der Arbeit!

2463 **Das Komitee.**

## Für unsere Inserenten!

Der Mai-Feier wegen fällt unsere Sonnabend-  
:: Nummer aus. ::

Eeben ist erschienen und in der Buchhandlung „Volkswacht“ zu haben:

**Leo Deutsch: Der Todspitzel Asew und die terroristische Taktik.**

Deutsch von S. Grumbach. Preis 40 Pfg., Porto 5 Pfg.

## Jeder muss

dieses Angebot lesen und seinen Bedarf decken, da diese Preise nur für

## 3 Tage

angesetzt sind.

## Kinder-Sportwagen

mit Schleifrad und Brett nur 3,95

## Kaffee-Service

bunt, 9teilig, nur 2,25

## Tonnen-Garnituren

16teilig, neue Muster, nur 6,50

## Likör-Service

hochfein, bunt 1,85

Ferner:

|                            |                  |
|----------------------------|------------------|
| Handfeger                  | 20               |
| Haarbesen                  | 75               |
| Coccosbesen                | 32               |
| Handbürsten                | 5                |
| Zeller, groß               | 8                |
| Zassen, groß               | 9                |
| Löffel, groß               | 5                |
| Löffel, klein              | 3                |
| Messer oder Gabeln         | 10               |
| Seifen, nur gute           | 7, 10, 15, 20    |
| Glasteller, groß           | 6                |
| Glaschühflein              | 8                |
| Vorchiebekämme, prima      | 20, 30, 40       |
| Friierkämmen, prima        | 20, 30, 40, 50   |
| Staubkämme                 | 5, 10, 20, 30    |
| Wachstuch-Neste            | Meter 50         |
| Spazierstöcke, Neuheiten   | 48, 98, 1,25     |
| Portemonnaies, elegant     | 48, 98, 1,25     |
| Aleiderbürsten, groß       | 35, 48, 60       |
| Wischbürsten, prima        | 20, 35, 48       |
| Handtuchhalter, prima      | 38, 58, 98       |
| Holzbreiter, rund und edig | 8, 15, 22        |
| Markttaschen, groß         | 48, 98, 1,35     |
| Reiseförbe                 | 3,90, 4,50, 6,50 |
| Wäschföörbe, groß          | 1,85, 2,48, 3,25 |
| Marktförbe, offen u. zu    | 1,00, 1,48, 1,98 |

## Geburtsstags-Postkarten

10 Stück 10 Pfg.

**Emaile, nur prima, extra Preise.**

## Brautleute

erhalten **Rabatt.**

**Max**

**Langendorf,**

3/5 Steinstrasse 3/5, Bahnhofstrasse 19.

Abonnements für Bielefeld und Um wie bei sämtlichen Ag ins Haus gebracht 60 P h. Durch die Po 1,80 M. vierteljährli Bestellgeld. Einzelnummer 10

Erscheinungs mit Ausnahme der Feiertage täglich na

Fernsprech-Anschluß

Nr. 100

Die heutige einschließlich der

Des Frühlings Durchragt die Und braust de Ein Orachelhor Aus minterlid Nam das Gei Das hoffnung Der Allnatur

Der Mensch Und schafft si Sein Hirn, de Wird unterdr Sein Ideal i Und sein Gen Im Erdenma Sucht er das

Wo rings das Hört ihr fein Und wo fein Recht leicht d Wer folgt den Und sieht ni Wer findet u Und nicht au

Nun tat sich Sie will des Der Maicheni Er zählt die Sie will zu i Ist ihr Gewo Der Freiheits Und Lebenslu

Denn Winter Und schneube In Eisenhau Der Macht h Mau halte u Und ist's nod Wächst nur d So wirft du

Lah tapier d Von Meer zu Lah fahn vo Der Freiheit Aus einer R Dein Kampf So lange So lange

So lange tra hinaus bis i Wer je als f Den dürt ih Wer gräbt u Der Freuden Den rüttelt d Daß aller

Und habt ih Zur Heeresf Dann hält i Und jauchze Dann singt d Dann möge D en e u r

Eine gemeinfölker der Erbfrieden, für Ab So wurde es in 1889, also vor 2

Als die De statten über di die Lenzen dr ist und daß die V unter den gleich Die gleichen Ur nach konnten au sich mußte sich und Regierunge schränkung der d die Arbeiter, K zielen, immer Forderungen do Konkurrenz der Rüstungen lasse nationalen Prof abilitierten Vän Arbeit ruhen la

Ist die Mai was man sich d Es sind der G Stand gebracht dem Unternehmen Massenaußsper schließlich, wenn daß sie sich die eintätigen Maß ungen auf Wo mächtig genug, d propagiert, zu den Regierung haben zu müße